



Politische Berichte

Nummer 17 / 14. Jahrgang

12. August 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Deutsch-Somalische Gesellschaft erhellt einige Hintergründe von Hilfs- und Militäraktionen

Was sucht die UNO in Somalia?

Inzwischen ist das Kontingent von 1700 BRD-Soldaten fast vollständig in Somalia stationiert. Die Kämpfe zwischen UNO-Einheiten, bewaffneten Somalis und zunehmend auch somalischer Zivilbevölkerung nehmen zu. Der folgende Hintergrundartikel, den uns uns die Deutsch-Somalische Gesellschaft Berlin/Mogadischu e.V. zusandte, macht deutlich, daß bei der Intervention humanitäre Hilfe nur der Vorwand für ganz andere Interessen ist.

Hand aufs Herz: was wußten Sie vor zwanzig Jahren über Somalia? Einige Schlagworte mögen inzwischen hinzugekommen sein: Mogadischu stand für den Sturm einer GSG-9-Mannschaft auf eine gekaperte Lufthansa-Maschine. Dann und wann erschien der Name des Diktators Siad Barre in den Medien. Schließlich folgten Bilder von den hungernden Menschen, die von Dürrekatastrophen heimgesucht, von Kämpfen in Grenzgebieten gepeinigt, und von Familien, die vom Bürgerkrieg zerrissen wurden — ein Bürgerkrieg der zunächst gemeinsam gegen den Diktator, nach seinem Sturz aber gegeneinander geführt wurde.

Schon vor zwanzig Jahren gehörte Somalia nach den Kriterien der UNO zu den ärmsten Ländern dieser Erde, war jedoch auf bescheidenem Niveau in der Lage, sich selbst zu versorgen und zu exportieren. Seither wurden zeitweilig Viehherden und Ernten, selbst das Saatgut durch Dürre und plündernde Soldaten vernichtet. Dies mag ein Stück weit erklären, warum die Kämpfe im Inneren oft unerbittlich geführt werden: Wer im Kampf um Machtpositionen unterliegt, der muß befürchten, daß er und „seine Bevölkerungsgruppe“ von den Überlebensquellen ausgeschlossen bleiben.

Freilich gibt es genügend andere Länder, die in vergleichbar schlechter Lage, von verheerenden inneren Kämpfen geprägt sind, ohne daß die Weltöffentlichkeit oder gar die Organe der Vereinten Nationen hiervon ein Aufhebens machen. Warum interveniert die UNO gerade in Somalia?

Ein Störenfried gegenüber seinen Nachbarn ist Somalia nicht. Zwar sind die Grenzen Somalias unverkennbar mit kolonialistischem Lineal gezogen, aber die nomadische Grenzbevölkerung kümmerte sich um derlei Kinkerlitzchen ohnehin nicht, und wenn auch die angrenzenden Staaten Vorstellungen von einem Staat aller Somalis (die bis weit in

Äthiopien und Kenia leben) mit Argwohn betrachten, waren die Spannungen zu anderen Staaten seit dem Ende des Ogaden-Krieges (1977) doch gering.

Weder die UNO noch die westlichen oder östlichen Staaten machten Siad Barre jemals ernste Schwierigkeiten. Zunächst rüstete die Sowjetunion das Land auf und errichtete militärische Stützpunkte, ab 1977 übernahmen die USA diese Funktion; Deutschland dankte sich für die Unterstützung des GSG-9-Sturmes auf die „Landshut“ mit einer verstärkten Ausbildung der Polizei des Diktators und mit Entwicklungshilfeprojekten. Selbst als er die nordsomalische Stadt Hargeisa bombardieren ließ, war keine Kritik zu vernehmen.

Es wäre sicher nicht ganz fair, wollte man einen Bericht der Weltbank von 1991 zum ausschließlichen Auslöser eines wiedererwachten Somalia-Interesses der Vereinigten Staaten und der Vereinten Nationen machen. Aber immerhin behauptete dieser Bericht, in Somalia (und im Sudan) seien gewaltige, äußerst ertragreiche Erdölvorkommen und weitere Bodenschätze festgestellt worden. Geologen (auch deutsche) hatten die Bodenschätze Somalias untersucht. US-amerikanische Ölfirmen bohrten bereits seit 1986. Aber wer braucht heute und in Zukunft noch Öl?

Einige Gruppierungen in Somalia haben versucht, gegen das durch Dürre

und Kriegsplünderungen verursachte Massensterben die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren. Private Hilfstransporte, medizinische Initiativen und technische Hilfsgruppen bemühten sich, allmählich die Verhältnisse zu verbessern, mit beachtlichem Erfolg.

Gegen alle Warnungen wurde die Chancen, durch gezielte, dezentrale und langfristige Hilfe überlebensfähige Strukturen aufzubauen, verspielt. Sehr überraschend fand hingegen im Sommer 1992 ein Vorstoß internationale Resonanz, massive Hilfslieferungen nach Mogadischu einzuleiten. Die USA erboten sich, durch einen militärischen Einsatz, der schließlich bei Nacht und im Scheinwerferlicht der Fernsehkanäle stattfand, die Anlieferung in Mogadischu zu schützen. Wollte man nicht sehen, daß eine Lieferung in die Hauptstadt die Landflucht noch verstärkte, daß Hilfslieferungen die Selbstversorgungsstrukturen vollends zerstörten und einen Bandenkrieg der Benachteiligten um die Hilfsbeute herbeiführten?

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Einrichtung von Behelfshäfen und Umschlagplätzen in der Mitte und im Norden Somalias eine effektivere Verteilung der Hilfsgüter und eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung Somalias ermöglicht hätte. Oder ging es bei der militärischen Sicherung der Transporte nach Mogadischu nicht nur um die Hilfs-

güter? Benötigt man aus anderen Gründen 30000 Soldaten (je einen für 170 Bewohner)?

Welcher Ehrgeiz trieb plötzlich die UNO, jahrzehntelang, darauf beschränkt, den Krieg zwischen den Nationen einzudämmen — wenn überhaupt —, dazu, sich in Fehden zwischen regionalen Mächten einzumischen? Wer kann glauben, daß eine Weltgemeinschaft, die diplomatische Konfliktlösungen immer mehr verkommen läßt, die zuläßt, daß die Armut der Armen immer weiter verschärft wird, als Weltpolizei Frieden und Gerechtigkeit verbreiten könnte? Ist nicht die Stärkung des militärischen Bereichs der UNO zwangsläufig eine Schwächung ihrer diplomatischen Kräfte? Kann man sich der Illusion hingeben, Generäle aller Nationen, deren Schulung in der Vernichtung des Gegners besteht, wären geeignete Promotoren für präventive, friedensbildende Maßnahmen?

Über all diese Fragen helfen uns die Vereinfacher hinweg. Von „Kriegsherren“ in Somalia ist die Rede, gegen die eine friedliebende Vereinte Welt natürlich vorgehen darf. Während im Bürgerkrieg Jugoslawiens von der Auseinandersetzung zwischen „Volksgruppen“, „ethnischen“ oder „religiösen Gruppen“ die Rede ist, fällt in Somalia von Beginn an das Schlagwort vom „Stam-

Fortsetzung Seite 2

„Die Welt“ hetzt mit für ein „Königsberg“

Seit mehreren Monaten befaßt sich die faschistische Presse eingehend mit der „deutschen Besiedelung“ von Kaliningrad, die Rechten sagen „Königsberg“. Erst kürzlich stattete ein Landtagsabgeordneter der DVU aus Bremen der Stadt einen Besuch ab. Die *Nationalzeitung* berichtete ausführlich und fragte: „Wird Königsberg zum Vorort einer neuen Hanse?“ Ihr Herz für Königsberg hat auch *Die Welt* entdeckt. In einer ausführlichen Reportage, mit Bildern und revanchistischer Landkarte berichtet das Blatt am 9.8.93 über das schwimmende Hotel Hansa in „unmittelbarer Nähe der alten Königsberger Börse“ und über die Aktivitäten des österreichischen Hotelmanagers K. Doll. Das Blatt berichtet über die Kolonisierung kulturell und nicht so territorial wie die nazistische Presse. Am Ergebnis ändert sich nichts. Das Blatt zitiert den Hotelier: „Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse wäre, daß zunächst die noch überall im Amt und Würden sitzenden Kommunisten entfernt werden, also Bonzen raus!“ — (jöd)

Arbeitslosenhilfe: Null, Sozialhilfe: Minus

Am Freitag veröffentlichte die Bundesanstalt die neuesten Zahlen: 3,5 Millionen Arbeitslose, die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Am Montag dann lancierte das Finanzministerium einen Gesetzentwurf, der am Mittwoch (nach Redaktionsschluß) im Kabinett beraten werden soll. Danach soll es im kommenden Jahr keine Erhöhung der Sozialhilfe geben. Die Sätze sind zum 1. Juli 1993 um magere zwei Prozent erhöht worden, zum 1. Juli 1994 soll es keine Erhöhung geben, erst 1995 soll eine Erhöhung um drei Prozent (höchstens aber Nettolohnanstieg) möglich werden: bei einer Inflationsrate von über 4 Prozent heißt das Senkung der Sozialhilfe. Wer weniger als 150 Tage beschäftigt war oder als Beamter (zur Ausbildung etc.), bekommt künftig keine Arbeitslosenhilfe, sondern muß gleich zum Sozialamt. Daneben enthält der Gesetzentwurf die bereits seit längerem angekündigten Kürzungen beim Arbeitslosen- und Unterhaltsgeld um drei Prozentpunkte sowie die Abschaffung des Schlechtwettergeldes. Aus den Sozialausschüssen der CDU waren Bedenken zu hören, damit verletzte die Bundesregierung den Grundsatz, daß Sozialhilfe ein menschenwürdiges Existenzminimum zu garantieren habe. Die ÖTV kündigte gegen diese „Zertrümmerung des Sozialstaates“ gemeinsam mit anderen DGB-Gewerkschaften eine Aktion Gegenwehr für September an. — (alk)

Blauhelme als Köder, Serben als Ziele

Nachdem US-Präsident Clinton vorschlug, die NATO solle serbische Stellungen mit Kampfflugzeugen bombardieren, ließ nun der Militärausschuß der NATO von den Botschaftern bei der Allianz „Optionen für Luftangriffe gegen die bosnischen Serben“ billigen. Die *Stuttgarter Zeitung* vom 10.8. berichtet von einer „Liste abgestufter Maßnahmen, die von begrenzten Luftangriffen auf Artillerie- und Panzerstellungen bis hin zu weiträumigen Angriffen auf serbische Ziele reichen“. Kohl, der Clintons Vorschlag begrüßt, merkte am Montag in einem SAT 1-Interview an, ein solcher Einsatz müsse im Welticherheitsrat beschlossen und die Folgen für die Zivilbevölkerung müßten in Betracht gezogen werden. Die Ziele solcher Einsätze wären vor allem indirekt. Man erhofft sich im Gegenzug auf terroristische Luftangriffe auf die in Bosnien-Herzegowina stationierten UNO-Truppen, um daraus ein Mandat für eine NATO-Intervention zu gewinnen. Aus so abgefeimten Beweggründen wird Bundeswehrspezialisten befohlen werden, Feuer auf Menschen oder, in der Tonart der NATO: „serbische Ziele“ zu leiten, um sie, so will es die Dienstvorschrift: zu vernichten. — (maf)

Symbolmarsch der Roma

100 Roma führten einen Symbolmarsch von Kehl nach Konstanz durch, wo sie jetzt von Gemeinde zu Gemeinde geschoben werden. Nachdem sie zunächst begleitend zum Evangelischen Kirchentag („Nehmet einander an“) auf dem KZ-Gelände in Dachau gegen Abschiebung und Nichtanerkennung als Flüchtlinge protestieren konnten, hatten Kirche und Bayerische Staatsregierung den weiteren Aufenthalt der Roma auf dem KZ-Gelände als Mißbrauch bezeichnet. (Bild: af/mz)



Der Täterkreis weitet sich aus Komplotz zur Vertuschung des Tathergangs in Bad Kleinen

Inzwischen wird klarer, warum Bundesinnenminister Seitz zurücktrat. Die ihm unterstellte GSG9-Truppe hatte damals auf seine Anfragen zum Hergang des blutigen Einsatzes in Bad Kleinen geschwiegen. Damit war im Kern die Konstellation einer Meuterei auskunftverweigernder Untergebener gegen den auskunftverlangenden Dienstherrn gegeben. Seiters Rücktritt nahm die Konfrontation, die bis zur Auflösung der Sondertruppe hätte führen können, zurück und gab der GSG9 die Gelegenheit, sich aus der Situation der Meuterei herauszulavieren durch die gleichlautende Aussage aller beteiligten Beamten, deshalb nichts sagen zu können, weil man nichts gesehen habe.

Nachdem die jeder Wahrscheinlichkeit Hohn sprechende Einheitlichkeit der Aussagen hergestellt war, trat Kohl zusammen mit dem neuen Innenminister Kanther bei der GSG9 an, um sein Vertrauen auszusprechen. Das war mehr als eine leere Bekundung. Es war die Aufforderung von Vorgesetzten an ihre Un-

tergebenen, an einer von diesen höchstwahrscheinlich bis offensichtlich verarbeiteten Falschaussage festzuhalten. Für die GSG9 bedeutete der Kanzlerbesuch, daß niemand wegen der Sache irgendwelche Karriereprobleme zu befürchten hat, sondern daß der Kanzler ihren Rechtsbruch als Treue zu höheren Werten und ihre Lügen als Liebe zu einer höheren Wahrheit zu würdigen weiß.

Nach den Vorstellungen der Regierung soll der Forderung nach Aufklärung des Todes von Wolfgang Grams mit den Aussagen der GSG9ler ausreichend Genüge getan sein. „Es besteht Übereinstimmung“, wertet sie ein noch zurückgehaltener Zwischenbericht des Innenministeriums, „daß auf den liegenden Grams nicht mehr geschossen worden sei“. Der Kopfschuß sei auf Selbsttötung oder einen selbstverschuldeten Unfall zurückzuführen, wird an der amtlichen Version gearbeitet. Schon wird die Kritik, der Staat habe Wolfgang Grams getötet, verfolgt (s. taz, 9.8.).

Bleibt es beim gegenwärtigen Stand —

keiner sah nichts, Vertuschung des Tathergangs durch vereinheitlichte Falschaussagen —, werden die Rückwirkungen auf die Sicherheitskräfte gravierend sein. Es wird sich in ihnen als allgemeine Auffassung herausbilden, daß es im eigenen Interesse sei, in schwierigen Situationen Zeugen nicht am Leben zu lassen.

Die Regierungskoalition hat sich, besonders durch das Verhalten von Kohl und Kanther, mit dem Bestand der GSG9 verkettert. Diese Männer haben sich mit jenem Verbrechen öffentlich identifiziert. Als nächste schuldhaft entwickelt wird Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger. Läßt sie nicht wegen des begründeten Verdachts der Verabredung zur Falschaussage ermitteln, dann beteiligt sie sich am Komplotz.

Die gegenwärtige Entwicklung macht die Forderung nach Auflösung der GSG9 zu einer hochaktuellen Frage. Nur so kann ihr Korpsgeist gebrochen, nur so kann der Tod von Wolfgang Grams aufgeklärt werden. — (sec)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Umverteilung durch Inflation

Die Inflationsrate bleibt unverändert hoch: Im Juli betrug die Rate gegenüber den Vorjahr 4,3 Prozent (Juni: 4,2 %). Hauptanteil an den gestiegenen Preisen haben zwei Posten: Dienstleistungen und Reparaturen wurden gegenüber Juli 1992 um 7,4 Prozent teurer. Wohnungsmieten um sechs Prozent. Erstere steigen vor allem durch staatliche Gebührenanhebungen auf breiter Front, letztere durch eine Gesetzgebung, die Vermietern ein Ausnutzen der Marktlage erleichterte.

Auch SPD fürs Schießen

Der künftige Bundesgeschäftsführer der SPD, Günther Verheugen, der eine große Koalition für möglich hält, äußerte sich zu Einsätzen von Bundeswehr unter UNO-Flagge: „Das werden in keinem Fall Kriege sein“, aber die Bundeswehr habe bei UNO-Einsätzen nicht nur das Recht zur „self-defense“, sondern auch zur „mission-defense“. Übersetzt auf deutsch: Die Soldaten sollen Waffen nicht nur zur eigenen Verteidigung gebrauchen, sondern auch zur „Verteidigung des Auftrags“. Die Flucht ins Englische macht's nicht besser. Wie hieß es doch bei dem preußischen Theoretiker und Praktiker Clausewitz über den Waffengebrauch zur Durchsetzung eines Zieles: Der Krieg ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das SPD-Präsidium soll sich der Position Verheugens anschließen haben und will auf dem SPD-Parteitag einen entsprechenden Leitantrag des Vorstands einbringen.

Aus dem Kanzleramt?

Der SPD-Politiker Wienand, früher Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, ist inzwischen rehabilitiert. Nach wochenlangen Verdächtigungen, er habe nachrichtendienstlich für die DDR gearbeitet, hat jetzt die Bundesanwaltschaft bekanntgegeben, der Vorwurf werde nicht mehr aufrechterhalten. Woher kamen die Vorwürfe gegen Wienand wie auch gegen verschiedene andere Politiker? Der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt Schmidbauer hat als erster angekündigt, nachdem die Bundesregierung im Besitz von Stasi-Akten aus Moskau sei, würden angeblich 2000 Politiker „reihenweise purzeln“. Die *Süddeutsche Zeitung* hegt nun den durch verschiedene Umstände belegten Verdacht, daß Schmidbauer verschiedene Presseorgane noch vor den offiziellen Ermittlungen mit den Namen Verdächtiger beliefert. Diese Hinweise gibt es im Fall des verdächtigten FDP-Politikers Lüder und eben auch bei Wienand. Eine Abgabe der Akten an die nach Gesetz zuständige Gauck-Behörde lehnt Schmidbauer ab.

Zinsabschlag bringt nichts?

Seit Jahresbeginn ist die sogenannte Zinsabschlagsteuer in Kraft: Werden bestimmte Freibeträge überschritten,

müssen die Banken von Zinserträgen zehn Prozent ans Finanzamt abführen. Inzwischen liegen die Zahlen für das erste Halbjahr vor: Danach betrugen die Einnahmen aus dem Zinsabschlag fünf Mrd. DM. Der SPD-Finanzexperte Joachim Poß wertet diese Zahl als „großen Mißerfolg“. Dieser Betrag entspricht dem, was an Einnahmen von Bürgern zu erwarten war, die bereits früher steuerlich waren. Die Bezieher hoher Einkommen würden, weil risikoarm, weiterhin die Zinseinkünfte nicht deklarieren.

CDU&FDP&SPD: Ladenschluß

Generalsekretär Hintze von der CDU in der *Bild am Sonntag*: „Ich will mit der CDU für die Freigabe der Ladenöffnungszeiten an allen Werktagen kämpfen.“ Die Bürger hätten einen Anspruch, selbst zu entscheiden, wann sie einkaufen wollen. „Unser deutsches Ladenschlußgesetz gehört in die Rumpelkammer der nicht mehr zeitgemäßen Gesetze.“ Der CDU-Sozialexperte Jochen Feilcke schlug eine Beibehaltung der wöchentlichen Öffnungszeit von 68,5 Stunden vor. In diesem Rahmen solle jeder Händler machen können, was er wolle. Nur sonntags und zwischen 22 Uhr und sechs Uhr sollten die Läden geschlossen sein. Die stellvertretende Vorsitzende der FDP, Frau Schwaetzer, in der *BZ am Sonntag*: „Jeder Inhaber sollte selbst bestimmen können, wann und mit wieviel Personal er seinen Laden öffnet“, das sei auch im Interesse „von vielen Verkäuferinnen, die lieber abends arbeiten, wenn sie tagsüber ihre Kinder betreuen“. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Matthäus-Maier: eine Liberalisierung der Öffnungszeiten müsse ja nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, die Angestellten sollten ja nicht länger, „sondern nur anders arbeiten“.

Hölder für Zentralstatistikamt

Der frühere Präsident des Statistischen Bundesamtes Hölder hat sich dafür ausgesprochen, bei der jetzt anstehenden Änderung des Grundgesetzes auch gleich die Aufgabenbestimmungen des Statistischen Bundesamtes mitzuändern. Aus einem Amt soll eine öffentlich-rechtliche Anstalt werden, die bisherige Abhängigkeit des Bundesamtes von den Landesämtern müsse beseitigt werden; umgekehrt seien Weisungsbefugnisse für das Bundesamt nötig. Als Beispiel, warum eine föderale Struktur schädlich und ein Aufsichtsgremium aus dem Nutzerkreis (insbesondere Wirtschaft ...) nötig sei, führt Hölder Daten über Auftragseingänge, Inlandsprodukte u.ä. an, das seien „Werte, die gegen ungerechtfertigte, nicht neutrale Auswertung durch amtliche Insider oder begünstigte Außenstehende geschützt werden müssen“ — Statistik als Herrschaftswissen.

Was kommt demnächst?

Neben den in der letzten Ausgabe angekündigten Terminen im September (Ende der Sommerpause des Bundestages, CDU-Parteitag, Wahlen in Hamburg) steht der Parteitag der SPD im November fest.

Iran in Zahlungsschwierigkeiten — Deutsche Konzerne erobern den Iran

Im Jahr 1992 und auch 1993 war der Iran wichtigster Kunde deutscher Firmen im Nahen Osten. In der BRD-Exportstatistik steht der Iran an sechster Stelle. Europa ausgenommen, an vierter. Acht Mrd. DM betrugen 1992 die Exporte aus der Bundesrepublik in den Iran, das waren 18 % Steigerung gegenüber 1991 (6,7 Mrd. DM). 1990 exportierten BRD-Firmen für 6,45 Mrd. DM in den Iran, 1989 während des Krieges zwischen Iran und Irak waren es „nur“ 3,75 Mrd. DM. Die Firmen, die die großen Irangeschäfte machen, lesen sich wie das „Who is Who“ der deutschen Konzerne: Siemens, schon seit Schah-Zeiten der große Iranhändler, mit mindestens einer Milliarde Geschäftsvolumen pro Jahr, Kraftwerk Union (KWU, Siemens-Tochter), Asea Brown Boveri (ABB), Krupp, Daimler Benz, Mannesmann, Kloeckner, Bilfinger + Berger, Hochtief ...

Hier die wohl wichtigsten Projekte deutscher Firmen seit 1992: Die Siemens-Tochter KWU errichtet das Großkraftwerk mit 2080 Megawatt südlich von Teheran für 1,45 Mrd. US-Dollar, für das 1000-Megawatt-Kraftwerk in Kerman wird die Auftragsvergabe erwartet. In der Freihandelszone auf der Insel Queshm hat Siemens ein Joint-Venture-Unternehmen gegründet für den Bau des ersten privaten Kraftwerks mit einer Wasserkraftanlage. Siemens unterhält zur Koordinierung in Teheran eine Ingenieursfirma mit 150 Fachkräften. Mannesmann baut in Semnan eine Hüttenanlage zur Herstellung von Ferrosilicium. Krupp hat den Aufbau zweier petrochemischer Anlagen in Bandar Abbas begonnen. Klöckner führt ein Konsortium, daß in Mazandaran eine Papier- und Zellstofffabrik baut. Asea-Brown-Boveri (ABB) erhielt den Zuschlag für den Bau des Karun-3-Staudamms nebst Wasserkraftwerk, gemeinsam mit einer japanischen Gruppe wird die Finanzierung des Karun-4-Staudamms geplant. ABB baut weiter für über eine Mrd. DM ein 600-Megawatt-Gasturbinenwerk zur Stromversorgung der Aluminiumhütte Ahmadi am Persischen Golf. Weitere Auftragserteilungen für den Bau von 21 neuen und die Modernisierung der 42 bestehenden Flughäfen werden ebenso erwartet wie für die Straßenbauten ans Kaspische Meer durch das Elbrus-Gebirge sowie die Eisenbahnanlage zwischen dem Festland und der Qeshm-Insel sowie für die Modernisierung des Telekommunikationsnetzes.

Im April wurde bekannt, daß der Iran die Treuhand-Tochter TOB Berlin (Treuhand-Osteuropa-Beratungsgesellschaft) zur Reprivatisierung der 1979 verstaatlichten Betriebe in den Iran holen will. Ähnlich wie bei der geplanten Privatisierung der Staatswirtschaft in der Türkei durch die TOB, soll dabei gleichzeitig ein Doppelgeschäft laufen:

Sanierung und Verkauf der Betriebe, Betreuung der sanierten Betriebe durch Joint-Venture-Firmen, bis Kosten und kalkulierter Gewinn eingefahren sind, sowie Durchführung gleicher Projekte in den transkaukasischen Ländern.

Die Privatisierung der iranischen Staatsbetriebe nimmt eine Schlüsselstellung in dem iranischen Fünfjahreshaushaltsplan ein. Durch den Krieg gegen den Irak befindet sich der Iran in einer tiefen Wirtschaftskrise: die Produktionsanlagen hatten während des Krieges wegen fehlender Rohstoffe und Arbeitskräfte nur eine Auslastung von 30 %, in diesem Jahr erstmals 40 %. Die Regierung sah sich gerade gezwungen, die Landeswährung Rial um 90 % abzuwerten. Die Arbeitslosenrate liegt über 40 %, der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt weiter, besonders nach der Aufhebung der Preisbindung für die Grundnahrungsmittel.

Kurz vor Beendigung des Krieges gegen den Irak befanden sich die ersten deutschen und europäischen Wirtschaftsdelegationen, direkt nach Kriegsende der Internationale Währungsfond und die Weltbank im Iran. Die Firmen witterten nicht umsonst große Geschäfte, waren doch große Teile der Wirtschaft des Irans, besonders der Ölindustrie, durch den Krieg verwüstet. Das Ergebnis ihrer Untersuchungen:

Die iranische Regierung beschloß den Fünfjahresplan von 1991–1994/95 mit einem Investitionsvolumen von 383,6 Mrd. US-Dollar. Die Investitionsgelder sollen hauptsächlich in die Wiederherstellung und Erweiterung der Erdölförderkapazitäten, die Erschließung der Erdgasfelder, besonders des „North-Gas-Fields“, der Petrochemie, in den Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes, den Energiesektor und zum Bau von Erdöl- und Erdgaspipelines ausgegeben werden. Für die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie und für den Bedarf der Bevölkerung ist nichts vorgesehen.

Der Iran ist bei diesem Entwicklungsprogramm im wesentlichen abhängig von seinen Rohölexporten, aus dem rund 70 % der Staatseinnahmen kommen. Noch 1991 völlig schuldenfrei, verwandelte sich der Iran erstmals in einen Schuldenstaat. Durch die völlige Auspowerung der Wirtschaft durch den Krieg war der Iran nicht allein in der Lage dieses Investitionsprogramm zu finanzieren. Hinzu kam der Einbruch des Rohölpreises auf dem Weltmarkt. Deshalb sah sich Iran gezwungen, Kredite beim Internationalen Währungsfond, der Weltbank und der Bundesrepublik aufzunehmen. Diese stellten sogleich die vom iranischen Parlament genehmigte Summe von 27,4 Mrd. Dollar zur Verfügung. Die Bundesregierung erhöhte die Hermes-Bürgschaften von 500 Mio. DM und dann auf 1,5 Mrd. DM. Zur besseren Abwicklung der Geschäfte wurde die deutsch-iranische Handels-

kammer reaktiviert, deren Vorsitzender zur Zeit der iranischen Revolution der BRD-Wirtschaftsminister Rexrodt war. Die Europäische Gemeinschaft richtete eine Vertretung ein.

Seit Beginn dieses Jahres befindet sich der Iran nun in einer Zahlungskrise. Die Einkünfte aus dem Rohölverkauf lagen um zwei Mrd. US-Dollar erheblich unter den erwarteten Einnahmen, das Jahr zuvor mußte die Regierung ebenfalls ein Exportdefizit durch den sinkenden Ölpreis verbuchen. Die Zahlungsrückstände des Irans betragen mittlerweile fast drei Mrd. Dollar. Davon schuldet der Iran allein rund zwei Mrd. Dollar deutschen Firmen, 700 Mio. Dollar japanischen und 80 Mio. Dollar französischen Firmen. Die deutschen Banken rechnen nicht damit, daß der Iran vor Frühjahr 1994 wieder liquide ist.

Nach der Ankündigung der Zahlungsunfähigkeit gewährte ein deutsches Konsortium von elf Banken einen einjährigen Zahlungsaufschub für offene Rechnungen von 920 Mio. US-Dollar, also etwa der Hälfte der Schulden bei deutschen Firmen.

Diesem Aufschub voraus ging ein Besuch einer iranischen Wirtschaftsdelegation in der BRD. Der Zahlungsaufschub wurde erst gewährt, nachdem die beschleunigte Privatisierung durch die TOB und weitere Joint-Venture-Geschäfte als Einstieg von Geschäften in Transkaukasien vom Iran angeboten wurden. So ist der Iran in eine Situation geraten, wo er die Kontrolle von Teilen seiner Wirtschaft an ausländische Firmen, deutsche Konzerne und Banken abgeben muß.

Deutsche Konzerne und Bundesregierung versuchen nun, gestützt auf die Türkei und den Iran in den Markt der zentralasiatischen Republiken einzudringen. Die deutschen Konzerne lokalisieren besonders die Bodenschätze Aserbaidschans und Kasachstans. Baku war schon immer eines der Ziele. Im ersten Weltkrieg gab es deshalb schwere Differenzen mit dem Bündnispartner Türkei. Besonders als die Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei wegen deren Annäherung an die USA und des Waffeneinsatzes in Kurdistan im letzten Jahr kurzfristig „getrübt“ waren, verstärkten die deutschen Firmen ihr Iran-Engagement. Die deutschen Konzerne sind nun auf dem besten Wege, die früher marktbeherrschende Stellung der US-Monopole im Iran zu erobern.

Mit der Annäherung Georgiens an die BRD entsteht mit dem Iran und der Türkei eine politische und wirtschaftliche Achse, die den Kaukasus in die Zange nimmt. Diese Zangenbewegung fand schon im ersten und dann auch im zweiten Weltkrieg statt. — (rub)

Quellen: Munzinger Archiv; Jahrbuch Nah-Ost 1989, Deutschen Orient-Institut; Handelsblät. (13.6.91, 5.8. 18.8., 8.10.92, 13.1. 8.3., 11.5. 11./12.6.93); Frankfurter Rundschau, 15.5.93



Fortsetzung von Seite 1
Somalia ...

meskrieg“. „Stamm“ erscheint dem „zivilisierten“ Betrachter als primitiver, zahlenmäßig kleiner Verband ohne differenzierte soziale und politische Struktur. Ein „Stammesführer“ oder „Clan-Chef“ muß der Anführer einer kleinen wilden Horde sein, der völlig zu Unrecht Machtansprüche stellt. Ein „Stammeskrieg“ ist folglich das Aufeinandertreffen mehrerer Horden dieser Art.

Wie sieht die Realität aus? Die einzelnen „Stämme“ Somalias umfassen ca. 200000 bis 1,5 Millionen Menschen. Sie heiraten über die „Stammesgrenzen“ hinweg, wobei die Kinder (wie bis vor kurzem in Deutschland) der Familie des Vaters zugerechnet werden. Kaum vorstellbar aber, daß sie einander „wegen ihrer Stammeszugehörigkeit“ bekriegen. Innerhalb fast aller „Stämme“ sind alle sozialen Schichten vertreten. Es besteht ein ausdifferenziertes System zur basisdemokratischen Willensbildung, Wahl und Abwahl von Repräsentanten, die genau festgelegte Rechte, Pflichten und Funktionen haben. Jeweils bilden sie in Teilregionen die Mehrheit der Bevölkerung. Sie gingen und gehen aber stets auch über diese Grenzen hinweg Koalitionen auf Zeit ein. Auch vielzitierte Rivalen wie Ali

Mahdi und Farah Aidid vertreten jeweils Koalitionen verschiedener Gruppen über gedachte „Stammesgrenzen“ hinweg.

Gibt nicht erst die Diskriminierung breiter politischer Bündnisse als „Stamm“ oder „Clan“ (Denver-) die Möglichkeit, von ihrem politischen Votum abzusehen? Wäre nicht mit solchen politischen Repräsentanten seitens der Vereinten Nationen ernsthaft und fair zu verhandeln? Gespräche mit Vertretern der SNA (Somali National Alliance) werden von der UNO seit Wochen abgelehnt.

Entlastet vielleicht das Schema vom „Stammeskrieg“ von der schwierigen Überlegung, welchen Gruppen die jetzige Situation nützt oder schadet, wer von welcher Art der Eingriffe profitieren wird?

Wäre es völlig unanständig, diese Frage auch bezüglich derer zu stellen, die im Namen hehrer Ziele eingreifen?

Wäre die Brutalität des Eingriffs, das Schießen von UN-Soldaten auf waffenlose Demonstranten, die Zerstörung des Radiosenders und das Beschießen des Digger-krankenhauses in Mogadischu möglich, wenn nicht ein ignorantes und herabwürdigendes Feindbild zuvor aufgebaut wäre?

Äußert sich nicht hier im Namen der Vereinten Nationen Rassismus?

Heli Gerlach, Dr. Rainer Tietzsche, Deutsch-

Somalische Gesellschaft Berlin/Mogadischu e.V., Mehringdamm 52, 10961 Berlin. Tel: 030/786 50 15

Zeitliste

Jan. 1991 Barre vergibt Erdöl-Konzessionen über fast zwei Drittel des somalischen Gebietes an vier US-Konzerne. 1991 Bericht der Weltbank über ertragreiche Erdölvorkommen in Somalia und Sudan.

Frühjahr 1991 Somaliland (chem. britisch) erklärt Unabhängigkeit.

April 1992 Barre flieht aus Somalia.

ab Aug. 1992 Hilfsflüge nach Mogadischu und Baidoa. Es wird kritisiert, daß die internationalen Aktionen nicht mit somalischen Repräsentanten koordiniert werden.

Dez. 1992 Landung von US-Truppen in Mogadischu; UN-Sonderbeauftragter Mohammed Sahnoun wird abgelöst.

13.3.1993 UNO-Konferenz über Somalia-Hilfe stellt deutliche Besserung fest. IKRK kritisiert übermäßige Hilfversorgungen in Südsomalia.

10.5.1993 Welthungerhilfe erklärt militärischen Schutz der Versorgung für überflüssig.

5.6.1993 Durchsuchung des Radiosenders Mogadischu und anderer Gebäude nach Waffen durch UN-Truppen. Tod von 28 somalischen Soldaten und 23 pakistanischen UN-Soldaten ...

Die Union diskutiert „Nachbesserungen“ bei der Abschaffung des Asylrechts. Bundesfinanzminister Theo Waigel erklärte am 8. August in *Bonn direkt*, sollte die seit 1. Juli geltende Neuregelung „nicht greifen“, „dann muß man wirklich wegkommen vom individuellen Grundrecht und eine Institutsgarantie einführen“. Bundesinnenminister Kanther meldet, im Juli hätten ca. 20660 Flüchtlinge, etwa ein Drittel weniger als im Vormonat, beim Bundesamt in Zirndorf Asyl beantragt. Er wertet dies als ersten Erfolg der neuen Asylgesetzgebung. Über die Zahl der Flüchtlinge, die gar nicht erst bis zur Antragstellung kommen, sondern direkt an den Grenzen abgewiesen und abgeschoben wurden, teilte Kanther nichts mit. (Bild: af/mz)

Deutsche Unternehmen sollen künftig leichter Sonn- und Feiertagsarbeiten anordnen können. — „Künftig soll auch an Wochenenden gearbeitet werden dürfen, wenn die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt ist — und bei welchem Betrieb ist sie das nicht.“

So oder ähnlich kommentierte die Tagesschau am 14. Juli den am Vortage vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf (siehe Dokumentation). Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) und Wirtschaftsminister Rexrodt (FDP) nannten als eines der Ziele der Gesetzesänderung, die Maschinenlaufzeiten in Deutschland zu verlängern. Unter starkem internationalen Druck stehende Branchen könnten künftig auch sonntags und feiertags arbeiten, hob Rexrodt als wichtigste Änderung hervor.

Die Bundesregierung ist offensichtlich entschlossen, noch in dieser Legislaturperiode ein Arbeitszeitgesetz zu verabschieden, das hinter die AZO von 1938 und die noch ältere Gewerbeordnung zurückfällt. Unter dem Beifall der Konzerne und Arbeitgeberverbände will sie wichtige Schranken gegen Ausbeutung rund um die Uhr einreißen. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein Vertreter der Unternehmerverbände die Abschaffung von Feiertagen oder die generelle Samstagsarbeit, der Siemens-Vorstandschef die Sieben-Tage-Fabrik oder der Kaufhof-Chef die ganzjährige Öffnung der Geschäfte am langen Samstag bis 18 Uhr fordert.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände begrüßt den Gesetzentwurf als spürbare Verbesserung. Positiv zu bewerten seien die beabsichtigte Lockerung des zu engen Arbeitszeitkorsetts zugunsten größerer Arbeitszeitflexibilisierung wie auch die Möglichkeit zu längeren Maschinenlaufzeiten an Sonn- und Feiertagen bei nachweisbaren Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Konkurrenten.

Der Gesetzentwurf aus dem Hause Blüm kennt weder 40-Stunden-Woche noch fünf Wochenarbeitsstage. Bei acht Stunden werktäglicher Arbeitszeit soll somit auch weiterhin die 48-Stunden-Woche festgeschrieben werden und der Samstag als gesetzlicher Normalarbeitstag gelten. Ohne besondere Genehmigung darf die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Monaten auf durchschnittlich acht Stunden ausgeglichen wird (§ 3). Wo kein Tarifvertrag dies verhindert, muß also unter Umständen über ein paar Monate hinweg 60 Stunden

Blüms Entwurf zum Arbeitszeitgesetz: 60-Stunden-Woche und Sonntagsarbeit

in der Woche geschuftet werden. Weitere Flexibilisierungen und Überstundenarbeit (an 60 Tagen jeweils bis zu zehn Stunden Arbeitszeit) dürfen laut Gesetzentwurf durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung zugelassen werden.

Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen soll aufgehoben werden. Obwohl vom Bundesverfassungsgericht festgestellt und vom Bundesarbeitsministerium in der Begründung eingeräumt wurde, daß Nachtarbeit bei Frauen und Männern gleichermaßen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt, soll sie nicht eingeschränkt oder auf werktäglich weniger als acht Stunden beschränkt, sondern nur „arbeitsmedizinisch und sozialpolitisch flankiert“ werden, damit das Geschäft mit der „in modernen Industriegesellschaften unverzichtbaren Nachtarbeit“ auch weiter kräftig im Konzerninteresse floriert. Nachtarbeit soll sogar auf bis zu zehn Stunden täglich verlängert werden können, wenn innerhalb von vier Wochen ein Durchschnitt von acht Stunden werktäglich erreicht wird. Neu eingeführt werden soll das Recht auf regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen sowie die Möglichkeit, bei Gefährdung der Gesundheit, einem zu betreuenden Kind unter zwölf Jahren oder schwerpflegebedürftigen Angehörigen im Haushalt die Umsetzung auf einen geeigneten Tagesarbeitsplatz zu verlangen.

„Wenn Arbeitsminister Blüm (CDU) einen ‚Dammbruch‘ bei der Umwandlung des Sonntags in einen Werktag verhindern will, ist diese Ankündigung nur eine weitere Etappe seiner erfolglosen Rückzugsgefechte“, kommentiert die Frankfurter Rundschau am 14. Juli 1993 den Gesetzentwurf. Die wichtigsten „Generalklauseln“ für die beabsichtigte faktische Aufhebung des Sonn- und Feiertagsarbeitsverbots auch aus wirtschaftlichen Gründen sind unten dokumentiert. Zur Veranschaulichung die erläuternde Begründung des Bundesarbeitsministeriums:

„Die Nummern 13 bis 15 (des § 10) sind weitgehend aus § 105c Abs. 1 Nr. 3 und 4 Gewerbeordnung übernommen worden. In Nummer 14 wird klargestellt, daß an Sonntagen auch die ‚Kon-

trolle der Funktionsfähigkeit von Daten-netzen‘ zulässig ist. Der in den 80er Jahren enorm angestiegene bargeldlose Zahlungsverkehr mit Eurocheque-Karten, Kreditkarten, Tankcards usw. erfordert den ununterbrochenen Betrieb von Großrechnern. Mit der vorgenommenen Klarstellung soll die Kontrolle der Funktionsfähigkeit insbesondere der Rechner an allen Tagen des Jahres gewährleistet werden. Bei kontinuierlicher Sonntagsarbeit liegt ein Mißlingen von Arbeitsergebnissen in der Regel dann vor, wenn wegen der Unterbrechung an Sonn- oder Feiertag nicht oder fehlerhaft gelungene (mißlungene) Arbeitserzeugnisse in Höhe von 5 % einer Wochenproduktion an fehlerfreien Arbeitserzeugnissen anfallen. Im Einzelfall kann auch eine Unterschreitung der 5 %-Grenze ein ‚Mißlingen von Arbeitsergebnissen‘ darstellen.“ Und weiter zu § 13: „In Absatz 5 wird die Aufsichtsbehörde ver-

pflichtet, bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen die Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen zu bewilligen. Voraussetzung hierfür ist, daß wegen längerer Betriebszeiten oder anderer Arbeitsbedingungen im Ausland eine nachweisbare Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit vorliegt, die aus Sicht des betroffenen Unternehmens nicht zumutbar ist. Durch die Genehmigung muß Beschäftigung gesichert werden, d.h. es müssen Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so ist die Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Sonn- und Feiertagsarbeit verpflichtet. Ihr freies Ermessen ist insoweit ausgeschlossen.“

Diese Generalklausel ist weitgehend. Ganze Branchen wie die Textilindustrie könnten sich so dem formal noch bestehenden Sonntagsarbeitsverbot entziehen.

Die Dreistigkeit des vom Kabinett Kohl verabschiedeten Gesetzentwurfs hat den Widerspruch der Gewerkschaften herausgefordert. Aber die Empörung ist eher zurückhaltend. Harte Töne wie gegen den Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind noch nicht gefallen. Gründe genug gäbe es.

Die SPD-Fraktion hat im Juni wenige Tage vor der Bundesregierung einen eigenen Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes vorgelegt (BT-Drucksache 12/5282). Obwohl dieser Entwurf gewerkschaftliche Positionen nicht ausreichend berücksichtigt, sind die Unterschiede zum Regierungsentwurf doch so gravierend, daß von der SPD-Fraktion die Ablehnung des Blümschen Entwurfs im Bundestag zusammen mit den anderen Oppositionsparteien und die Blockade mit ihrer Bundesratsmehrheit gefordert und erwartet werden muß.

— (mio)



Bau einer Erdgasleitung in Thüringen. (Bild: af/mz)

Dokumentation des Entwurfs zum Arbeitszeitgesetz (Auszüge)

Am 13. Juli 1993 verabschiedete das Bundeskabinett den vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung am 5. Juli 1993 vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts“ (Arbeitszeitrechtsgesetz - ArbZRG). Es folgt eine Dokumentation von Auszügen des Artikels 1 Arbeitszeitgesetz (ArbZG).

§ 2 — Begriffbestimmungen

(3) Nachtzeit im Sinne dieses Gesetzes ist die Zeit von 23 bis 6 Uhr.

(4) Nachtarbeit im Sinne dieses Gesetzes ist jede Arbeit, die mehr als 2 Stunden der Nachtzeit umfaßt.

(5) Nachtarbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeitnehmer, die 1. auf Grund ihrer Arbeitszeitgestaltung regelmäßig wiederkehrend in Wechselschichtarbeit Nachtarbeit zu leisten haben, oder

2. Nachtarbeit an mindestens 48 Tagen im Kalenderjahr leisten.

§ 3 — Arbeitszeit der Arbeitnehmer
Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf 8 Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu 10 Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von 6 Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden werktäglich nicht überschritten werden. (...)

§ 5 — Ruhezeit

(1) Die Arbeitnehmer müssen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden haben. (...)

§ 6 — Nacht- und Schichtarbeit

(1) Die Arbeitszeit der Nacht- und Schichtarbeitnehmer ist nach den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit festzulegen.

(2) Die werktägliche Arbeitszeit der Nachtarbeitnehmer darf 8 Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu 10 Stunden nur verlängert werden, wenn abweichend von § 3 innerhalb

eines Kalendermonats oder innerhalb von 4 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden werktäglich nicht überschritten werden.

(3) Nachtarbeitnehmer sind berechtigt, sich vor Beginn der Beschäftigung und danach in regelmäßigen Zeitabständen von nicht weniger als 3 Jahren arbeitsmedizinisch untersuchen zu lassen. Nach Vollendung des 50. Lebensjahres steht Nachtarbeitnehmern dieses Recht in Zeitabständen von einem Jahr zu. Die Kosten der Untersuchungen hat der Arbeitgeber zu tragen, sofern er die Untersuchungen den Nachtarbeitnehmern nicht kostenlos durch einen Betriebsarzt oder einen überbetrieblichen Dienst von Betriebsärzten anbietet.

(4) Der Arbeitgeber hat den Nachtarbeitnehmer auf dessen Veranlassung auf einen für ihn geeigneten Tagesarbeitsplatz umzusetzen, wenn

a) nach ärztlicher Feststellung im Sinne des Absatzes 3 die weitere Verrichtung von Nachtarbeit zu einer Gefährdung der Gesundheit des Arbeitnehmers führen wird, oder

b) im Haushalt des Arbeitnehmers ein Kind unter 12 Jahren lebt, das nicht von einer anderen im Haushalt lebenden Person betreut werden kann, oder

c) der Arbeitnehmer einen schwerpflegebedürftigen Angehörigen zu versorgen hat, der nicht von einem anderen im Haushalt lebenden Angehörigen versorgt werden kann, sofern dem nicht dringende betriebliche Erfordernisse entgegenstehen. „Stehen der Umsetzung des Nachtarbeitnehmers auf einen für ihn geeigneten Tagesarbeitsplatz nach Auffassung des Arbeitgebers dringende betriebliche Erfordernisse entgegen, so ist der Betriebs- oder Personalrat zu hören. Der Betriebs- oder

Personalrat kann dem Arbeitgeber Vorschläge für eine Umsetzung unterbreiten.

(5) Soweit keine tarifvertragliche Regelung besteht, hat der Arbeitgeber dem Nachtarbeitnehmer für die während der Nachtzeit geleisteten Arbeitsstunden eine angemessene Zahl bezahlter freier Tage oder einen angemessenen Zuschlag auf das ihm hierfür zustehende Bruttoarbeitsentgelt zu gewähren.

§ 7 — Abweichende Regelungen

(1) In einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrages in einer Betriebsvereinbarung kann zugelassen werden, 1. abweichend von § 3

a) die Arbeitszeit über 10 Stunden werktäglich auch ohne Ausgleich zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt,

b) einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen,

c) ohne Ausgleich die Arbeitszeit auf bis zu 10 Stunden werktäglich an höchstens 60 Tagen im Jahr zu verlängern, (...)

4. abweichend von § 6 Abs. 2

a) die Arbeitszeit über 10 Stunden werktäglich hinaus auch ohne Ausgleich zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt,

b) einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen.

5. den Beginn des siebenstündigen Nachtzeitraums des § 2 Abs. 3 auf die Zeit zwischen 22 und 24 Uhr festzulegen. (...)

§ 9 — Sonn- und Feiertagsruhe

(1) Arbeitnehmer dürfen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr nicht beschäftigt werden.

(2) In mehrschichtigen Betrieben mit re-

gelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann Beginn und Ende der Sonn- und Feiertagsruhe um bis zu 6 Stunden vor- oder zurückverlegt werden, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.

(3) Für Kraftfahrer und Beifahrer kann der Beginn der 24stündigen Sonn- und Feiertagsruhe um bis zu 2 Stunden vorverlegt werden.

§ 10 — Sonn- und Feiertagsbeschäftigung

(1) Sofern die Arbeiten nicht an Werktagen vorgenommen werden können, dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen abweichend von § 9 beschäftigt werden (...)

14. bei der Reinigung und Instandhaltung von Betriebseinrichtungen, soweit hierdurch der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, bei der Vorbereitung der Wiederaufnahme des vollen werktäglichen Betriebs sowie bei der Kontrolle der Funktionsfähigkeit von Daten-netzen, 15. zur Verhütung des Verderbens von Naturerzeugnissen oder Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitsergebnissen sowie bei kontinuierlich durchzuführenden Forschungsarbeiten, 16. zur Vermeidung einer Zerstörung oder erheblichen Beschädigung der Produktionseinrichtungen.

(2) Abweichend von § 9 dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen mit den Produktionsarbeiten beschäftigt werden, wenn die infolge der Unterbrechung der Produktion nach Absatz 1 Nr. 14 zulässigen Arbeiten den Einsatz von mehr Arbeitnehmern als bei durchgehender Produktion erfordern.

§ 11 — Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung

(1) Ein Sonntag im Monat muß beschäf-

tigungsfrei bleiben. (...)

(4) Die Sonn- und Feiertagsruhe des § 9 oder der Ersatzruhetag des Absatzes 3 ist den Arbeitnehmern unmittelbar in Verbindung mit einer Ruhezeit nach § 5 zu gewähren, soweit dem technische oder arbeitsorganisatorische Gründe nicht entgegenstehen. (...)

§ 13 — Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Vermeidung erheblicher Schäden unter Berücksichtigung des Schutzes der Arbeitnehmer und der Sonn- und Feiertagsruhe

1. die Bereiche mit Sonn- und Feiertagsbeschäftigung nach § 10 Abs. 1 und 2 sowie die dort zugelassenen Arbeiten näher bestimmen,

2. über die Ausnahmen nach § 10 Abs. 1 und 2 hinaus weitere Ausnahmen abweichend von § 9 ... zulassen ...

(3) Die Aufsichtsbehörde kann (...)

2. abweichend von § 9 bewilligen, Arbeitnehmer zu beschäftigen (...)

(4) Die Aufsichtsbehörde kann abweichend von § 9 bewilligen, daß Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen mit Arbeiten beschäftigt werden, die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfordern.

(5) Die Aufsichtsbehörde hat abweichend von § 9 die Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen zu bewilligen, wenn nachweisbar die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland wegen längerer Betriebszeiten oder anderer Arbeitsbedingungen im Ausland unzumutbar beeinträchtigt ist und durch die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit die Beschäftigung gesichert werden kann. (...)

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts (Arbeitszeitrechtsgesetz — ArbZRG)

Nach zwei Wochen Diskussion und Abstimmungen auf Tausenden von Versammlungen haben die italienischen Gewerkschaftsbünde CGIL/CISL/UIL am 22. Juli die Vereinbarung mit der Regierung und den Unternehmerverbänden über die „Arbeitskosten“ unterschrieben. Der italienische Ministerpräsident, der frühere Notenbankchef Ciampi, der die Vereinbarung auf Biegen und Brechen betrieben und mit diesem Faustpfand schon beim G7-Gipfel in Tokio gewuchert hatte, sieht daraus Konkurrenzvorteile für die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik erwachsen: „Wenn wir gut vorzugehen verstehen, ist Italien das Land, das unter den ersten sein kann, die aus der rezessiven Phase herauskommen.“ Nach den Veränderungen auf politisch-institutionellem Gebiet, der gerade vom Parlament beschlossenen Einführung des Mehrheitswahlrechts, sieht der Arbeitsminister in der Juli-Vereinbarung nunmehr auch „eine neue Verfassung der industriellen Beziehungen“. Ähnlich zufrieden äußern sich die meisten Unternehmerverbände.

Die Vereinbarung enthält auf vielen Seiten in vier Kapiteln ein Bündel von Regelungen, wobei die Lohn- und Tarif-

„Neue industrielle Beziehungen“ in Italien Reaktionen auf Arbeitskostenvereinbarung

politik und die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Mittelpunkt stehen (siehe Kasten). Die Vereinbarung ist ein Einschnitt, den das bürgerliche Lager seit Jahren mit aller Kraft angebahnt hat. Es ist zu erwarten, daß dieser Einschnitt in der EG mit ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik Kreise ziehen wird. Regierungen und Unternehmerverbände werden sich auch in anderen Ländern auf das Beispiel beziehen.

Die Bedeutung der Juli-Vereinbarung geht über die — selber wichtigen — einzelnen Regelungen hinaus. Die Gesamtheit der gewerkschaftlichen Politik wird damit eingebunden in einen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungsprozeß, in dem die Regierung die Vorgaben liefert und nach dem sich gewerkschaftliche Politik ausrichten hat. Zunächst sind die Verfahren reglementiert: Manteltarife mit vier Jahren Laufzeit,

bei den Löhnen nationale Branchentarife mit zwei Jahren und eine betriebliche oder territoriale Ebene mit vier Jahren. Aber mehr noch dürfte die inhaltliche Blau-Verpflichtung wiegen, die die Gewerkschaften unterschrieben haben: die Verpflichtung, die „Stabilitätspolitik“ der Regierung mitzutragen und alles zu unterlassen, was als schädlich dafür gewertet werden könnte; dazu eine ausdrückliche Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik an der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. In dem ganzen Dokument findet sich kein Anflug von Hinweis, daß Interessen der abhängig Beschäftigten nach ausreichenden Löhnen, erträglichen Arbeitsbedingungen, Gesundheit usw. einen eigenen Wert darstellen. Diese Interessen sollen nur noch die abhängige Variable sein, die sich nach den Vorgaben aus Rom/Brüssel und aus den Unternehmensvorständen zu richten hat.

Warum sind die drei größeren Gewerkschaftsbünde darauf eingegangen? Die Vorstände sagen, zu der getroffenen Vereinbarung „mit Licht und Schatten“ habe es keine praktische Alternative gegeben. Der Hintergrund dürfte in der Schwächung der Gewerkschaften durch eine Reihe von Niederlagen in den letzten Jahren liegen. Die Kaufkraft der Löhne ist gesunken. Unternehmerverbände haben viele Monate lang den Abschluß neuer Tarifverträge verhindert und eine massenhafte Erfahrung von tariflosem Zustand geschaffen. Das politische Gewicht der Gewerkschaften ist gesunken. Hunderttausende Mitglieder sind ausgeschieden.

In dieser Situation scheint maßgeblichen Strömungen in den Gewerkschaften die Einbindung in eine Art korporatives Wirtschafts- und Finanzsystem als Weg nicht mehr ausgeschlossen. Dabei sind die Gewerkschaften zwar als autonome Organisationen der lohnabhängig Beschäftigten amputiert, sitzen aber offiziell weiter mit am Tisch. Forderungen aus den Unternehmerverbänden, die Gewerkschaften ganz von der Bühne zu fegen, sorgen dafür, daß das Ganze eher innehmbar erscheint.

In die Richtung einer Art Korporativsystem drängt auch das Gesellschaftsbild, das in den Medien Hochkonjunktur hat: daß nämlich die ganze Gesellschaft von fähigen „Technikern“ geleitet werden soll, die in angeblich übergeordnetem Interesse angeblich objektive Sachzwänge vollziehen: ein Notenbankpräsident an der Spitze der Regierung als Experte in Sachen Finanzen, Unternehmerverbände als Experten in Sachen Wirtschaft, „einsichtige“ Gewerkschaften als Experten in Sachen Arbeit.

Auch die Abstimmungsergebnisse in den Betrieben haben die schwierige Lage widerspiegelt. Landesweit haben 67 % der Abstimmenden für die Vereinbarung gestimmt, 27 % dagegen, 6 % haben sich enthalten. In zahlreichen Betrieben und Einrichtungen, vor allem solchen mit einer Tradition des gewerkschaftlichen Widerstands, und in manchen Städten, darunter Mailand, haben

die Nein-Stimmen überwogen. Dagegen überwog in kleineren Betrieben und besonders im Süden die Zustimmung. Bezeichnend war schließlich auch die Beteiligung. Von den 3 650 000 Beschäftigten, die zu Versammlungen und Abstimmungen aufgerufen waren, haben sich nach den Gewerkschaftsangaben 1 361 000 an den Versammlungen und noch etwas weniger an den Abstimmungen beteiligt; also etwa 37 % der Aufgerufenen. Eine Mehrheit der Beschäftigten hat offenkundig keine Veranlassung oder Möglichkeit gesehen, sich an der Debatte und Entscheidung zu beteiligen; auch das ein Hinweis auf die krisenhafte Entwicklung.

Der gewerkschaftliche Widerstand ist mit der Vereinbarung eingezwängt, und er kann sich vielfach nicht einfach mehr in den traditionellen Bahnen entwickeln. Verschwinden wird er aber nicht. Schon die Regelungen der Juli-Vereinbarung werden umkämpft sein. Das schwant auch dem Arbeitsminister, er befürchtet: „Die Interpretation dieser Vereinbarungen ist gelegentlich schwierig“.

Die Versammlungen haben viel Kritik zutage gefördert, die auf eine gewerkschaftliche Strategiediskussion hindeutet. Auch die traditionellen Gewerkschaften können daran nicht einfach vorbei. Viele Gewerkschafter bis hinein in den Vorstand der CGIL, auch solche, die bisher die offizielle Gewerkschaftspolitik unterstützt haben, fordern angesichts der Juli-Vereinbarung eine Neubestimmung der Gewerkschaftspolitik.

Die linken Kräfte arbeiten jetzt auf einen Erfolg der landesweiten Großkundgebung in Rom am 25. September hin, zu der die Bewegung der Unternehmensräte aufruft. Diese Mobilisierung soll die Arbeiterbewegung sozial und politisch wieder voranbringen. Was aber erst noch angebahnt werden muß, ist eine offene Strategiediskussion über die Zukunft des Widerstands, in die das breite Spektrum von Kräften innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften einfließen kann.

Quellenhinweis: L'Unità, 24.7.93; Liberazione, Ausgaben im Juli — (rok)



Mechanische Fertigung bei Fiat in Turin-Mirafiori: Hier hat die Mehrheit der Abstimmenden die Juli-Vereinbarung verworfen (53 % stimmten mit Nein bei einer Beteiligung von 45 %). In den Karosserie-Abteilungen hat eine Mehrheit zugestimmt (50 % stimmten mit Ja bei nur 30 % Beteiligung). Insgesamt fanden bei Fiat Mirafiori 18 Versammlungen statt.

Aus Stellungnahmen

Bruno Trentin, CGIL: Auf der Werft Fincantieri in Genua (wo tags darauf in der Abstimmung das Nein klar überwog) verteidigte der Generalsekretär der CGIL, Bruno Trentin, die Vereinbarung: „Um die Bedeutung der Vereinbarung zu verstehen, wäre es nötig, die Geschichte dieser schwierigen Verhandlung zu kennen, in der die Gewerkschaft gezwungen war, die härteste Offensive des Unternehmerverbands Confindustria zu beantworten und zurückzuweisen.“ Die kritisierte Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten interpretierte er im Gegenteil als Verpflichtung der Unternehmerverbände zur Rückkehr zu neuen Tarifen: „Die Vereinbarung legt in Wahrheit nichts über die Arbeitskosten fest, sondern erneuert das System der kollektiven Tarifierung nach einem absoluten Stillstand, der von Confindustria provoziert worden ist.“ (1)

Fausto Bertinotti, Essere Sindacato in CGIL: Der führende Vertreter der organisierten linken Minderheit in der CGIL, die einen sofortigen a.o. Gewerkschaftstag fordert, schrieb in einer Stellungnahme u.a.: „Ein verwirrendes und kompliziertes Verfahren, das die Tarifautonomie der Gewerkschaft einschnürt: alle zwei Jahre eine Tarifierung des Lohns, aber nur sozusagen, weil alles schon vorbestimmt ist. Tatsächlich kann man alle vier Jahre die Tarife nur erneuern, indem man sich auf die programmierte Inflation bezieht. Da diese immer niedriger ist als die tatsächliche Steigerung der Lebenshaltungskosten, werden die Arbeiter mit den Tarifen nicht einmal ihre Kaufkraft verteidigt haben... Die Kultur ist eine der ‚gemeinsamen Prüfung‘ von Unternehmen und Gewerkschaften, eine Teilhabekultur, die an die Stelle der Forderungskultur der Arbeiter gegenüber den Unternehmern tritt. Die Maßstäbe sind die der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, nicht die Arbeitsbedingungen...“ Bertinotti kritisiert weiter die Einführung der Leiharbeit und die privilegierte Stellung der offiziellen



Alfa Romeo in Mailand-Arese.

Gewerkschaften in den betrieblichen Gewerkschaftskörperschaften: Das verstoße gegen die 700 000 Unterschriften, die in den letzten Monaten für ein Referendum gegen die bevorzugte Stellung von CGIL/CISL/UIL und für die Stärkung der Wahlrechte der Belegschaften gesammelt wurden, und gegen ähnliche Gesetzentwürfe der Betriebsrätebewegung und der CGIL selbst. Als Alternative zur Juli-Vereinbarung müsse sofort „von unten“ eine Forderungsplattform aufgestellt werden über die Themen Arbeitszeit, Löhne, Tarifmacht. Außerdem zur Gesundheitsversorgung, zu Renten und Steuern, gegen das anstehende Haushaltsgesetz der Regierung. Eine große nationale Kundgebung im September müsse deutlich machen, daß diese Alternative eine politische Tatsache sei. (2)

Bewegung der einheitlichen Unternehmensräte (Movimento Consigli unitari): Diese Bewegung, die sich als aktiver Teil der Gewerkschaften versteht und im Herbst 1992 sehr große Aktionen organisiert hat, beurteilt die Vereinbarung „tief negativ“: „Die unterzeichnete Vereinbarung schließt eine Phase ab, die mit der Vereinbarung vom 31.7.92 eröffnet wurde, die bestimmt war, radikal die Geschichte, das Wesen, die Rechte und die Rolle der Gewerkschaft als autonomes Subjekt, das die allgemeinen Interessen der Welt der Arbeit repräsentiert und schützt, auszulöschen.“ (2)

(1) L'Unità, 16.7.93; (2) Liberazione, 9.7.93

Dokumentiert: Aus der „Maxi-Vereinbarung“

1. Einkommenspolitik und Beschäftigung

„Die Einkommenspolitik ist ein unverzichtbares Instrument der Wirtschaftspolitik, das den Zweck hat, eine wachsende Gleichheit in der Einkommensverteilung zu erreichen über die Eindämmung der Inflation und der Nominaleinkommen, um die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum der Beschäftigung zu fördern mittels der Ausdehnung der produktiven Basis und einer größeren Wettbewerbsfähigkeit des Systems der Unternehmen.“

Die Regierung erklärt, daß sie die vorgesehenen Treffen mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften jeweils so im Mai und September terminieren wird, daß diese mit ihren Entscheidungsprozessen in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik zusammenpassen. Dort werden gemeinsame Ziele bezüglich Inflation, wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung festgelegt. „Die beteiligten Seiten werden Verhalten, Tarifpolitik und Lohnpolitik so gestalten, daß diese mit den Zielen der programmierten Inflation übereinstimmen.“

2. Tarifvertragsordnung

„1. Die Tarifvertragsordnung sieht vor: — einen nationalen kollektiven Branchenarbeitsvertrag

— eine zweite Stufe der Tarifierung auf Unternehmensebene oder territorial, wo das nach der aktuellen Praxis in bestimmten Sektoren vorgesehen ist.

2. Der nationale kollektive Branchenarbeitsvertrag hat eine vierjährige Laufzeit auf normativem Gebiet (Rahmenregelungen, rok) und eine zweijährige Laufzeit auf dem Einkommensgebiet. Die Dynamik der wirtschaftlichen Effekte wird mit der geplanten Inflationsrate übereinstimmen, die als gemeinsames Ziel angenommen ist...

3. Die Unternehmensstarifizierung betrifft andere Gegenstände und Einrichtungen

und wiederholt nicht die Einkommensregelungen des nationalen Branchenarbeitsvertrags. Die Leistungen der Unternehmenstarifizierung sind eng verknüpft mit den Resultaten, die bei der Realisierung von Programmen erreicht werden, die zwischen den beteiligten Seiten vereinbart werden und als Ziel Zuwächse der Produktivität, der Qualität und anderer Elemente der Wettbewerbsfähigkeit haben, über die die Unternehmen verfügen...“

Zwecks „Minimierung der Kosten bei der Erneuerung der Tarife“ wird festgelegt: Forderungen sind drei Monate vor Ablauf der Tarifverträge zu stellen. In dieser Frist und dem folgenden Monat sind keine Arbeitskämpfe mehr zugelassen. Kommt es nicht rechtzeitig zu einem Abschluß, so ist nach drei Monaten tariflosem Zustand ein Zuschlag von 30 % der programmierten Inflation zu zahlen, nach sechs Monaten tariflosem Zustand 50 %.

Bezüglich der gewerkschaftlichen Vertretungskörperschaften im Betrieb wird festgelegt, daß ihre Zusammensetzung zu zwei Dritteln durch Wahl im Betrieb und zu einem Drittel durch Entsendung oder Wahl der Gewerkschaften, die den Branchentarif abschließen, erfolgt.

3. Arbeitspolitik

Hier kündigt die Regierung die Vorbereitung eines Gesetzes über Arbeitsmarktmassnahmen an mit „einer reichen Instrumentierung, die den Arbeitsmarkt den Verhältnissen in den anderen europäischen Ländern näherbringt“.

Dazu zählt, daß die Bedingungen von Ausbildungsverträgen auf Personen bis zu 32 Jahren ausgedehnt werden können. Für jugendliche Beschäftigte werden niedrigere Einstiegsgehälter zugelassen. Für arbeitslose Jugendliche speziell im Süden wird eine „Basisqualifikation“ vorgesehen, bei der Arbeitsstunden



„Vereinbarung über Arbeitskosten: der Putsch vom 3. Juli“ — Kritik an der Bindung der Löhne an Plandaten der Regierung und Unternehmensziffern und an der Deregulierung. Ein Plakat in der Region Emilia Romagna.

den vergütet werden. Ausbildungsstunden aber nicht. Für Industrie- und Dienstleistungsbetriebe wird die Leiharbeit offiziell neu eingeführt.

4. Unterstützung für das produktive System

In diesem Abschnitt werden Maßnahmen aufgelistet, die das italienische Wirtschafts- und Finanzsystem bei der Integration in die EG stärken sollen: Forschung und technologische Innovation, marktnähere Bildung und Berufsausbildung, finanzielle Stärkung der Unternehmen, Infrastrukturmaßnahmen. Verbilligung öffentlicher Dienstleistungen für die Wirtschaft.

Quelle: L'Unità, 6.7.93, eigene Übersetzung. (Die nicht in Anführungszeichen gesetzten Passagen sind eigene Zusammenfassungen.)

Terrorwelle gegen Zeitung Özgür Gündem

Der türkische Staat versucht mit allen Mitteln, mit Mord, Zensur und Verbot, die Berichterstattung über seinen Völkermord in Kurdistan zu unterdrücken. Dieser Staatsterror hat jetzt dem neunten Journalisten der Tageszeitung *Özgür Gündem* das Leben gekostet, eine weitere Journalistin wurde entführt. Am 9. und 10. August fand ein Prozeß gegen den Herausgeber und am 21. September findet der Verboisprozeß gegen die Tageszeitung statt.

Özgür Gündem schreibt dazu in einer Presseerklärung vom 9. August:

„Der Journalist und *Özgür Gündem*-Korrespondent Ferhat Tepe, der am 28. Juli in Bitlis auf offener Straße von der Konterguerilla entführt wurde, wurde in Elazig (250 km von Bitlis entfernt) tot aufgefunden.“

Ferhat Tepe war der Sohn des Vorsitzenden der Partei der Demokratie (DEP) in Bitlis. Gleich nach der Entführung erhielt der Vater Ishak Tepe einen Anruf. Die männliche Person am Apparat stellte sich als Angehöriger der „Türkischen Rache Brigade“ vor. Sie verlangte, daß erstens die von der ARKG-Guerilla entführten Touristen freigelassen werden. Zweitens sollen alle Parteibüros der DEP in Kurdistan geschlossen werden. ... Ishak Tepe ... sagte, die Stimme

am Telefon erkannt zu haben. „Wir haben vor drei Wochen miteinander gesprochen. Es ist der Brigade-Kommandeur in Bitlis, Korkmaz Tagma, gewesen.“ Gleich nach dieser Erklärung wachte der Kommandeur Tagma „beurlaubt“. Am 8. August bekam der Vater den vierten Anruf. „Der Leichnam Ihres Sohnes liegt im staatlichen Krankenhaus in Elazig. Er ist beim Schwimmen ertrunken“, so die Mitteilung des „unbekannten“ Anrufers.

Es reicht uns! Ferhat Tepe ist unser neuntes Opfer in einem Jahr. Die Morde gehen auf das Konto des „demokratischen“ türkischen Staates. Die Mörder sind die (auch) von ihren deutschen Kollegen speziell ausgebildeten „Sonder-Teams“. Kein einziger Fall wurde bis heute bearbeitet und kein einziger Mörder gefaßt.

Am Samstag, den 7. August, wurde auch unsere Korrespondentin in Istanbul, Aysel Malkac, entführt. Die 22-jährige Journalistin wurde kurz nachdem sie das Gebäude verlassen hat, von „Sicherheitskräften“ in Zivil entführt. Die Behörden wollen von der Sache nichts gewußt haben. Seit einer Woche ist das Zentralgebäude unserer Zeitung in Istanbul unter massiver Polizeiüberwachung. — (rub)

Südafrika: Faschisten behindern Wahlen

Das Mehrparteien-Forum in Südafrika/ Azania, an dem u. a. Organisationen des Befreiungskampfes ANC und PAC, die südafrikanische Regierung, Vertreter von Inkatha und anderen ethnischen Organisationen, teilnehmen, einigte sich Ende Juni auf einen Termin für die Durchführung von Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung: Am 24. April 1994 sollen erstmals in der Geschichte des Landes alle erwachsenen Einwohner das Recht haben, Vertreter für diese Versammlung zu wählen. Doch diese Wahl ist unter den 26 Organisationen, die an dem Forum teilnehmen, umstritten. Bisher scheint festzu- stehen, daß die Wahlen allgemein für das ganze Land ausgeschrieben werden sollen und daß auch die sogenannten Homelands in diese Wahl einbezogen werden sollen.

Die Inkatha-Bewegung ist gegen diese Regelung. Sie fordert Wahlen, die die Homelands als regionale Gebietskörperschaften gesondert berücksichtigen. Weil Inkatha an der Wiederbelebung längst überholter Stammsstrukturen arbeitet, sind allgemeine Wahlen für diese Organisation ungünstig. Die Partei, die als Zulu-Partei auftritt, kann kaum im ganzen Land mit Wählerinnen

und Wählern rechnen. Entschiedenen Widerstand gegen die Wahlen überhaupt haben die rechten Siedler-Parteien und Organisationen angekündigt.

Die faschistische AWB kündigte Terroranschläge im ganzen Land an. Mitglieder dieser Organisation überfielen gar am 25. Juni das Verhandlungsforum und konnten unter den Augen von Polizei und Sicherheitskräften die Verhandlungsteilnehmer schlagen und beschimpfen. Sie fordern jetzt einen selbständigen Südafrika.

Seit der Bekanntgabe des Wahltermins hat der Terror faschistischer und halbfaschistischer Banden einen neuen Aufschwung genommen. Die Schlächtereien werden immer brutaler und willkürlicher. Ausnehmend versuchen die rechten Kräfte unter den Siedlern und im Staatsapparat jetzt, einen Putsch zu provozieren, weil die Lage unkontrollierbar sei, und so die Wahlvorbereitungen zu verhindern und die Verhandlungsergebnisse rückgängig zu machen. Allein schon eine Verschiebung der Wahlen, die notwendig werden kann, wenn die Modalitäten nicht bald geklärt sind und die Wählerlisten nicht bald angelegt werden, könnte die Rechte als Erfolg verbucht werden. — (uld)

Streikaktion in Serbien weitert sich aus

Die NATO-Botschafter haben sich auf ihrer Sitzung am vergangenen Montag grundsätzlich für die von den USA vorgeschlagenen Luftangriffe auf serbische Stellungen in Bosnien ausgesprochen. Unterdessen stoßen die Auswirkungen des Wirtschaftsembargos gegen die BR Jugoslawien auf immer größeren Widerstand. Die Streiks und spontane Arbeitsniederlegungen in Serbien weiten sich aus. In den letzten zwei Monaten legten in etwa hundert Betrieben die Arbeiter und Angestellten die Arbeit nieder. Nach mehr oder weniger dürftigen Zusagen auf Lohnerhöhungen wurden diese spontanen Arbeitsniederlegungen jedesmal schnell wieder eingestellt. Die Entwicklung könnte nun eine andere Richtung nehmen durch den Streik in dem größten serbischen Rüstungs- betriebe, dem Großkombinat *Sloboda* in Čačak. Zu der Aktion sind nun noch zwei weitere Rüstungsbetriebe hinzugekommen: die Traktoren und Motorenwerke *UT* und *21. Mai*. Grund der Arbeitsniederlegungen: Die Löhne liegen umgerechnet bei 30 DM, doch nach offiziellen Angaben benötigt eine vierköpfige Familie im Monat mindestens 300 DM,

um über das Existenzminimum zu kommen. Die Streikaktionen in der Rüstungsindustrie haben nicht nur wegen dem Stillstand in der Waffenproduktion große Bedeutung, sondern weil zum ersten Mal in Serbien unabhängige Gewerkschaftsaktivisten mit Vertretern der staatlichen Einheitsgewerkschaft *SSS* gemeinsame Front machen. Ein Vorgang, der in der regierungstreuen Staatsgewerkschaft einen Wirbel verursacht hat. Um dieses unkontrollierte Streikbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat die Gewerkschaftsvorsitzende vom *SSS*, Mica Sanović, alle Arbeiter und Angestellten für den 5. August zu einem Generalstreik aufgerufen, sollte sich bis dahin in der Lohnfrage nichts Entscheidendes geändert haben.

Für Milan Ninković, dem Vizevorsitzenden der unabhängigen Gewerkschaften, ist dies allerdings nur ein Trick, durch den die Milošević-Regierung Zeit gewinnen wollte, um die geplanten Streikaktivitäten abzublocken um mit einem „kontrollierten“ Generalstreik die Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten in der regulierten Bahnen zu lenken. — (cham)

Internationale Umschau



Der stellvertretende Generalsekretär des türkischen Menschenrechtsvereins hat am 8. August erneut die Bundesregierung angegriffen, weil jetzt in großem Umfang aus Deutschland gelieferte Panzer im Kampf gegen den Befreiungskampf der Kurden eingesetzt werden. Veznedaroglu erklärte: Am 30. Mai dieses Jahres hätten solche Panzer in der Kreisstadt Lice und im Dorf Xana Mala 15 Häuser zerstört, am selben Tag seien in Kulp ebenfalls 20 Häuser durch solche Panzer zerstört worden. Am 4. Juni seien in Hazro und Simsim, am 18. Juni in Ömerli und in Xirba Mamito, am 20. Juni in Sason und in Sebane zahlreiche Häuser durch BTR-60-Panzer beschossen und zerstört worden. — (uld)

Dollar jetzt legales Zahlungsmittel in Cuba

Begründet mit der katastrophalen Wirtschaftslage gab Fidel Castro bekannt, daß künftig der Besitz ausländischer Devisen entkriminalisiert werden soll. Bisher gab es „Dollarläden“ für ausländische Touristen und drumherum einen gewissen Schwarzmarkt. Die Erlaubnis, im größeren Umfang ausländische Devisen zu besitzen (eine genaue Regelung wird erst noch bekanntgegeben), wurde von Castro damit begründet, daß alle Möglichkeiten, Devisen für Einkäufe im Ausland zu erhalten, ausgeschöpft werden müßten. Die Gefahren, die für die kubanische Gesellschaft aus der Freigabe erwachsen, sind nicht gering: Die Einflußmöglichkeiten der Exilkubaner wachsen, schließlich lockert jede Zuwendung aus diesem Kreis die allgemeine Arbeitspflicht. Das US-Außenministerium erklärte, die angekündigten Wirtschaftsreformen seien kein Anlaß zur Aufhebung des Wirtschaftsembargos, vielmehr Ausdruck einer Krise des kubanischen Regimes. — (alk)

Todesstrafe und längere Amtszeit

Der peruanische Präsident Fujimori hat in der verfassungsgebenden Versammlung, die seit 1990 als Ersatzparlament fungiert, zwei Verfassungsänderungen durchgedrückt: Zunächst am 4. August die Einführung der Todesstrafe für sogenannte Terroristen. Zuvor war die Todesstrafe nur bei schweren Fällen des Landesverrats möglich; sie war letztmals 1979 verhängt worden. Am Tag darauf ließ Fujimori durch seine Regierungsbündnis die Verfassungsregel aufheben, nach der der Präsident nur nach einer Pause von einer Amtsperiode erneut kandidieren darf. — (alk)

Sozialpakt in Spanien: kräftige Lohnsenkung

Für September hat der erneut gewählte Regierungschef Felipe Gonzales von der sozialistischen Partei Verhandlungen über einen Sozialpakt zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Regierung angekündigt. Ziel der Regierung: Löhne (und Dividenden) sollen 1994 nicht steigen; 1995 soll der Zuwachs unter der Preissteigerungsrates liegen, 1996 werde man entsprechend der wirtschaftlichen Lage weitersuchen. Angestrebt werde eine reale Verminderung der Kaufkraft um sechs Prozent. Allerdings dürften die Gewerkschaften einem solchen Lohnsenkungsprogramm kaum zustimmen; entsprechend erhöht die bürgerliche Partido Popular, daß es solche Ankündigung ohne Taten schon öfter gegeben habe, aber auch sie nimmt die Löhne ins Visier: statt an die Inflation sollten künftig Lohnerhöhungen an die Produktivität angebunden werden. Ein Ausgabenprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft lehnte der neue Wirtschaftsminister Pedro Solbes ab; die Staatsverschuldung erlaube dies nicht. Die Arbeitslosigkeit betrug nach amtlichen Angaben 22,25 % der erwerbsfähigen Bevölkerung oder 3,4 Millionen Personen. — (alk)

Internationale Kontakte der griechischen Rechten

Die griechische Nazigruppe mit den meisten internationalen Kontakten ist der *Peoples Bond* (benannt nach dem deutschen *Völkischen Bund*). Sie treten meistens unter dem Namen *Hryssi Avghi* (Goldene Feder) auf. Ihr Führer heißt Nikos Mihaloliakos und ist ein Vetter des ehemaligen Vorsitzenden der Partei Jugend der regierenden liberalen Partei Nea Democratica. Interessant sind auch ihre internationale Beziehungen, vor allem zu deutschen Nazis. Unter diesen sind Ernst Zündel und Ewald Althans, der auch persönlich auf den Kongressen der griechischen Organisation 1992 und 1993 auftauchte. Sie haben auch gute Kontakte nach Italien zu Nazis wie Pino Rauti, Elio Massagrandi, Franco Freda. Freda war auch einer derjenigen, die das Bombenattentat 1969 in Mailand an der Piazza Fontana geplant hatten und sitzt derzeit unter der Anschuldigung, die italienische faschistische Partei wiedergründen zu wollen, im Knast. Neuere Kontakte bestehen nach Kroatien. In einer Ausgabe ihrer Wochenzeitung war kürzlich eine Interview mit dem französischen faschistischen Söldner Michel Faci. Dabei prahlte die griechische Gruppe damit, daß auch eigene Leute auf der Seite der Kroaten kämpften. Andererseits bestehen aber auch gute Kontakte zu dem serbischen Nationalisten V. Sešelj. Ebenso intensiv sind die Kontakte zu belgischen Faschisten. Ein Buch des belgischen EX-SSler Leon Degrelle „Geschichte der Waffen-SS“ wurde im Verlag der Rechten *Eleftheri Skepsis* (Freies Denken) verlegt. Die Gruppe hat auch Kontakte zu der südafrikanischen *Afrikaner Widerstandsbewegung* (AWB). Auf dem ihrem letzten Kongreß kam es auch zu einem „Koordinierungstreffen“, zwischen dem Vertreter der AWB Johannes Thompson und dem deutschen Faschisten Althans. — (hav)

„Caravane to Cuba“ durchbricht Handelsblockade

Am vergangenen Donnerstag hat die *Caravane to Cuba* die Grenze nach Mexico überquert und damit die Handelsblockade, die die USA über Kuba verhängt hat, zumindest ein Stück weit durchlöchert. Organisiert wurde die *Caravane to Cuba* von der Organisation *Pastor of Peace*, die schon vor einem halben Jahr mit einem ähnlichen Unternehmen Furore machte. 300 Amerikaner haben sich diesmal mit 100 Tonnen Lebensmittel, Medikamenten und anderen Hilfsgütern auf den Weg zur mexikanischen Grenze gemacht. Mitglieder der mexikanischen Transportarbeitergewerkschaft organisierten den Transport dann vom Hafen in Tampico aus weiter per Schiff nach Kuba. Dort wurden die Organisatoren von Fidel Castro empfangen. — (hav)

Deutscher Orden eröffnet Kloster in der Slowakei

Am kommenden Sonntag soll in der slowakischen Ortschaft Töpolcany ein neu errichtetes Schwesternkloster des Deutschen Ordens eröffnet werden. Erklärtes Ziel des Klosters: Die Kirche in der Slowakei zu stärken. Die Weihe wird vom Erzbischof von Tyrnau und dem Hochmeister des Deutschen Ordens, Arnold Wienand vorgenommen. Das Kloster war 1989 geplant worden. — (alk)



Mit der Unterstützung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften führten die Bergarbeiter aus Kohlebergwerken der USA Mitte Juni eine Reihe von Kundgebungen und Demonstrationen durch. Sie kämpfen für einen neuen Vertrag mit den Eigentümern der Bergwerke, in dem sie unter anderem einen Rationalisierungsschutz verankern wollen. Die UMW fordert, daß die Kohle-Kapitalisten bei Minenstilllegungen und Neueröffnung von Minen die alten Belegschaften nicht feuern, sondern in den neu erschlossenen Bergwerken einsetzen. Die Kohlekapitalisten versuchen, mit Schließungen und der Entlassung ganzer Belegschaften die Gewerkschaft in den Betrieben zu vernichten. — (uld)

Krupp Widia: Einbruch bei Samstagsarbeit

Essen. Am 1. April ist in der metallverarbeitenden Industrie die 1990 tarifvertraglich vereinbarte 36-Stunden-Woche in Kraft getreten. Geschäftsführung und Betriebsrat von Krupp Widia vereinbarten wie andere Krupp-Betriebe auch — für 1993 zunächst jedoch nur eine vorläufige Regelung: Die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche wird 1993 in sechs freien Tagen zum Jahresende abgegolten. Die Verhandlungen über die Umsetzung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung ab 1.1.1994 zogen sich dann bis in den Juni hinein.

Die ab nächstem Jahr gültige Betriebsvereinbarung enthält für die meisten Bereiche zwar tragbare Regelungen, die im wesentlichen eine tägliche bzw. wöchentliche Arbeitszeitverkürzung mit Schwerpunkt am Freitag vorsehen. In zwei Punkten konnte die Geschäftsführung jedoch Einbrüche erzielen: Im Drei-Schicht-Betrieb sind Nachtschichten von 9 Stunden vorgesehen, wenn auch nur an vier Tagen die Woche, in der Abteilung Hartmetall-Beschichtung regelmäßige Samstagsarbeit. Beide Regelungen waren im IG Metall-Vertrauenskörper und im Betriebsrat bis zuletzt heftig umstritten.

Die 9-Stunden-Regelung für vier Nachtschichten pro Woche ist als Kompromiß entstanden. Da bisher im Drei-

Schicht-Betrieb fünf Nachtschichten pro Woche verfahren wurden, beinhaltet die Regelung immerhin eine Einschränkung von Betriebsnutzungszeiten. Die tarifvertragswidrige Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit in der Beschichtung entspricht dagegen dem seit Jahren von der Betriebsleitung des Werkzeugbetriebs erhobenen Wunsch nach Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten: Gearbeitet wird im Drei-Schicht-Betrieb, jeweils sechs Tage hintereinander, jede vierte Woche ist frei. Auf dem Hintergrund von massivem Personalabbau und Kurzarbeit sah sich eine Mehrheit im Betriebsrat genötigt, dieser Regelung zuzustimmen. Als Begründung mußten angeblich unüberbrückbare Produktionsengpässe herhalten.

Während sich die IG Metall-Ortsverwaltung aus der Auseinandersetzung heraushielt, wandten sich die Beschäftigten der Beschichtung bis zuletzt gegen die Samstagsarbeit. In den umliegenden Abteilungen waren schon vor Wochen 300 Unterschriften gesammelt worden. Immerhin ist die Regelung in der Betriebsvereinbarung an die Genehmigung von Erweiterungsinvestitionen durch den Konzern geknüpft und zunächst auf das Jahr 1994 befristet. Möglichkeiten, sie zu kippen, sind also vorhanden. — (kw)

Memmingen darf nicht wiederkommen

Augsburg. Fragen über Fragen und viele Kritiken wurden vorgetragen auf der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) zum Thema Abtreibung nach dem Urteil des BVerfG. Einige davon führen wir hier auf. Alle sollen in dem § 218-Arbeitskreis weiter diskutiert werden, um Standpunkte und Aktionen vorzubereiten zu der für Ende Dezember erwarteten Neufassung des bisherigen § 218.

Ein besonderes Gewicht legt das BVerfG-Urteil auf die Beratung „für das Leben“. Die Staatsregierung setzt hier noch eins drauf und will den Beratungsstellen Vorschriften machen.

Gegen Protokollvorgaben

Das bayerische Sozialministerium legte z.B. jüngst eine 4-Seiten-Ankreuzliste vor, in der die Beratenden ankreuzen müssen, was bei der Beratung zur Sprache kam, bzw. ob alles zur Sprache kam, was das Ministerium wünscht. Wie soll denn da ein Vertrauensverhältnis entstehen, wenn die Beratenden sich an die

Frau reden, wenn sie den Eindruck hat, abhängig von der Beraterin zu sein? Bestimmt nicht! Deshalb die Forderung: Eine Beratung reicht, die Frau hat ein Recht auf den Schein.

Keine Beratungspflicht für den Arzt

Drei volle Tage nach Übergabe des Scheins müssen eingehalten werden, bis die Frau einen Arzt zum Abbruch aufsuchen kann. Aber auch der Arzt muß im Gegensatz zu früher die Frau ausfragen und „gezielt eine eigene Beratung für die Schwangerschaft“ machen, über die er einen Bericht anzufertigen hat, der weit über die bisherige Dokumentationspflicht hinausgeht. Es wird sehr viel haariger als bisher, so ein Arzt. Wieso werden die Ärzte nochmals zur Beratung gezwungen? Das führt sowohl zur Einschüchterung der Frauen als auch zur Verunsicherung der Ärzte.

Kommunale Abbruch-Möglichkeiten

Der Berufsverband der Frauenärzte fordert, daß kommunale Abbruch-Möglichkeiten vorhanden sein müssen. In Augsburg gibt es solche nicht. Könnten sie geschaffen werden? Es gibt drei kirchliche und ein kommunales Krankenhaus. Über die Belegarztverträge werden die Ärzte an die Handlungsweise des Hauses bzw. Chefarztes gebunden. Bei der katholischen Kirche ist diese klar ablehnend. Beim Chefarzt am Klinikum derzeit auch. Die Ärzte setzen Hoffnungen auf die Evangelische Kirche, die bisher noch unentschieden ist. Daß es keine Ambulatorien gibt, so sagen sie, geht zum Teil auf Seehofers Konto, der die Arzt-Einkünfte für ambulante Eingriffe drastisch gesenkt hat.

Mehr Sozialamts-Unterstützung

Der Vertreter des Sozialamts der Stadt Augsburg erklärte, daß dort die Frau nicht nochmals nach den Abbruchgründen gefragt wird, wenn sie um Finanzierung bittet, die die Krankenkasse ihr laut BVerfG bei sozialen Gründen nicht gewähren darf. Die Frau muß ihren Beratungsschein vorlegen und einen Nachweis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn sie bis zu 966,- DM netto plus die gesamte Kaltmiete hat, bekommt sie die vollen Abbruchkosten bezahlt. Wenn der Ehemann nicht informiert werden soll, wird auch nur ihr Einkommen erhoben. Der Betrag liegt viel zu niedrig, wurde kritisiert, in Hessen liegt die Einkommensgrenze bei 1950,- DM netto. Aber die Finanzierung ist ja generell gefährdet, hieß es von anderer Seite, denn sie ist nur eine Übergangsregelung, und wenn das neue Gesetz da ist, kann sie nicht mehr über die Sozialämter laufen. Was wird dann passieren? — (baf)

(aus: Berichte aus Augsburg und Schwaben)

Ein Willkürakt der Strafvollzugsbehörden

Hamburg. Für ihre Kandidatur zur Bürgerschaft benötigt die Linke Alternative — Wehr Euch 500 Unterstützungssunterschriften, die gegenwärtig gesammelt werden. Einige Formulare wurden auch an einen Gefangenen im Gefängnis Fuhlsbüttel gesandt, dort aber „angehalten und zur Habe genommen“ mit der Begründung, es handle sich um „unzulässige politische Werbung für eine radikale Organisation“. Unzulässig sind jedoch der massive Eingriff in die politischen Rechte von Gefangenen und die Behinderung der Linken Alternative. Die von Mitgliedern linker Gruppierungen unterstützte WählerInnenvereinigung legte beim Landeswahlausschuß und bei den Justizbehörden Beschwerde ein, doch die Formulare wurden dem Gefangenen bis Redaktionsschluß noch immer nicht ausgehändigt. — (scc)

Militarismus im Bürener Land

Paderborn. In Büren existiert seit 1966 eine Sektion der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.“. Diese wird vom Bundespremiat finanziert und hat u.a. die Aufgabe, „den Gefahren innerer Schwächung des freiheitlichen Selbstbehauptungswillens entgegenzuwirken“. Zu diesem Zweck organisiert die Bürener Sektion, die aus 10 Mitgliedern besteht, fünf bis sechs Vorträge auf der Wewelsburg, die auch früher schon als Schulungsstätte diente. Die Themen dieser Vorträge umfassen die aktuellen Veränderungen (Zerfall des Warschauer Pakts, Ausweitung des Einsatzbereiches der Bundeswehr) ebenso wie die Darstellung alter Wehrmachtsgeneräle als Vorbilder für die Bundes-

wehr. Zu diesen Vorträgen kommen bis zu 100 Sympathisanten. Diese Resonanz scheint dem Bürener Sektionsleiter, Johannes Straßner aus Scharmede, nicht auszureichen. So unternimmt der ehemalige Nachtjäger der faschistischen Wehrmacht jährlich Truppenbesuche mit Schülern der Salzkottener Johanneschule. (aus: Mitteilungsblatt Paderborn Nr. 6/7)

Proteste gegen Privatisierung

Heilbronn. Gegen die Stimmen der SPD und der Grünen beschloß der Heilbronner Gemeinderat am 29. Juni, die gesamte städtische Müllabfuhr zu privatisieren. Grundlage für diese Entscheidung war ein 15000 DM teures Gutachten, welches vom Gesamtpersonalrat der Stadt Heilbronn als teilweise fehlerhaft kritisiert wurde. Die einseitige Befürwortung einer rein privatisierten Lösung war offenkundig. Alternative Lösungen, wie sie das Abfallgesetz einräumt, wurden erst gar nicht untersucht. Gegen die Gemeinderatsentscheidung protestierten am anderen Tag die betroffenen Beschäftigten vor dem Fuhrpark. Sie forderten die Absicherung ihrer Arbeitsplätze. — (j. Komm. ALLtag, Heilbronn)

Antifaschistische Aktionen gegen Hess-Kundgebung

Köln. Das Landratsamt Wunsiedel hat eine Gedenk Kundgebung zum Todestag des ehemaligen Hitlerstellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel verboten. Trotzdem wollen die vereinigten Neonazis ihren „Gedenkmarsch“ auch dieses Jahr wieder durchziehen. Es wird erwartet, daß er am Samstag, den 14. August, in einer Stadt in der Nähe von Wunsiedel durchgesetzt werden soll.

Im Rundschreiben des Wunsiedeler Komitees, unterzeichnet von Christian Worch als diesjährigem Sprecher des Komitees, Ernst Zündel (Toronto) und Ewald Althaus für „AVÖ 2000“ wird der 14.8. zum „Nationalen Aktionstag zur Erinnerung an den Leidensweg von Rudolf Hess“ erklärt. Es werden die Schwierigkeiten geschildert, die die Verbote der letzten Jahre erwarten lassen und daß von daher noch kein Ort genannt werden könne. Die Busse und PKW-Konvois werden aufgefordert, sich mit mobilen Telefonen auszurüsten, um schneller agieren zu können. Es ist also auf jeden Fall davon auszugehen, daß die Faschisten aufmarschieren werden — über 2000 waren es 1992, die sich letztlich doch unbeteiligt sammeln konnten und durch Rudolstadt zogen.

Deshalb sind auch für dieses Jahr wieder antifaschistische Gegenaktionen geplant. Zwei zentrale Kundgebungen und Demonstrationen werden am 14.8. stattfinden: eine in Jena (Thüringen) und die andere in Kulmbach (Bayern). — (u.b.)

Linke Liste zu den Kommunalwahlen?

Stuttgart. Wahrscheinlich am 12. Juni nächsten Jahres, parallel zu den Europawahlen, finden in Baden-Württemberg Gemeinderatswahlen statt. In Stuttgart hat sich eine Initiative gebildet, die an die Alternative Linke Liste anknüpfen will, die bei den letzten Gemeinderatswahlen kandidiert hatte. Für Ende September wird zu einer Veranstaltung zur Bildung einer kommunalpolitischen Alternative links von SPD und Grünen eingeladen: „alle, die damals durch aktive Mitarbeit, durch Kandidatur, durch Wahlen die ALL unterstützt haben ... alle, die Interesse an linker, alternativer Kommunalpolitik haben“. — (alk)

Keine Schließung von Postämtern!

Essen. Heftig protestiert hat die Postgewerkschaft gegen die Absicht der Bundespost, schon im September 14 von insgesamt 56 Postämtern in Essen zu schließen. Jedes vierte Postamt soll aus Rationalisierungsgründen entfallen, die 33 Beschäftigten sollen versetzt werden. Für rund 12% der Einwohner wird sich dadurch die Versorgungssituation verschlechtern. Am Postamt Werrastraße fand unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne am 28.7. eine spontane Demonstration statt. Auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) protestierte. — (wof)



Kommunale Asylpolitik und die „Ausländerfreundlichkeit“ der CDU

Braunschweig. Nach der ersten großen Welle faschistischen Straßenterrors zum Jahresende '92 waren auch die bürgerlichen Kommunalpolitiker aufgeschreckt. Eine Initiative der GRÜNEN, u.a. zur Bildung eines „Runden Tisches gegen Fremdenfeindlichkeit“, wurde einstimmig im Rat beschlossen. Der Aufruf fand Unterstützung.

Der Runde Tisch wurde tätig in Kundgebungen, Plakataktionen in Bussen und Bahn, erhob einzelne Forderungen zur Verbesserung der städtischen Dienstleistung für Einwohner ausländischer Herkunft, befaßte sich mit Standards der Flüchtlingsunterbringung und anderem mehr. Wenn auch mit schwindender Teilnahme von bürgerlichen Ratspolitikern — ein Beitrag zum Antirassismus. Daß für eine Reihe von Ratsmitgliedern die „Ausländerfreundlichkeit“ etwa auf die Losung „Totschlagen nein — Abschieben ja“ reduziert ist, zeigt sich in der Auseinandersetzung um die Flüchtlingsunterbringung.

Braunschweig ist durch eine frühere Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen Standort einer „Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber“, kurz ZAST. Hier werden die Flüchtlinge binnen weniger Tage durchgeschleust und anschließend auf niedersächsische Gemeinden verteilt. Nur nicht nach Braunschweig!

Die niedersächsische Landesregierung kritisiert, heute würden andere

Gemeinden hiermit benachteiligt. Die Landesregierung trägt die Kosten der ZAST und beteiligt sich auch überdurchschnittlich an den Kosten der nachfolgenden dezentralen Unterbringung. Die CDU-Ratsfraktion betreibt mit diesem Sachverhalt seit Monaten eine Kampagne gegen den verantwortlichen niedersächsischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Trittin (GRÜNE). Einem Antrag der CDU gegen die Flüchtlingsunterbringung in Braunschweig wurde von SPD und FDP zur Mehrheit verholten.

Einen Höhepunkt dieses „Nicht-in-Braunschweig“-Rassismus bildeten Bezirksratssitzungen und Versammlungen von „Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte“. Diese „Initiativen“ wurden gebildet, bevor geplante Standorte öffentlich bekannt wurden, und sind u.a. geführt von einem Staatsanwalt! Besagte Ratsherren und -frauen traten dort solchen Drohungen wie: „Wenn hier Asylanten herkommen, dann gibt es ein zweites Rostock“ nicht entgegen. Stattdessen war von ihnen zu hören: In der Nachbarschaft eines Kleingartenvereins sei ein Flüchtlingsheim nicht zumutbar oder im Nahbereich einer Wohnanlage sozial unverträglich. Dies galt jeweils für alle vorgeschlagenen Standorte.

Selbst der Oberstadtdirektor (OSd) erklärte öffentlich, solche Äußerungen von Ratsmitgliedern förderten Fremden-

feindlichkeit. Die CDU-Fraktion forderte in einer Ratssitzung die Rücknahme dieser Aussage. Der Oberstadtdirektor erklärte, er werde dies dann gerne tun, wenn solche Äußerungen von Ratsmitgliedern unterblieben. Nur GRÜNE und LINKE LISTE BRAUNSCHWEIG traten für Mindeststandards ein (z.B. nicht mehr als 75 Menschen, keine Lager) und traten somit der CDU entgegen. SPD und FDP schwiegen zur Sache.

Diese Auseinandersetzung wurde vom 1. Bürgermeister, V. Lenz (CDU und auch Staatsanwalt!), in provozierender Art verschärft. Aus Anlaß einer Gedenkveranstaltung von DGB und VVN-BdA für Braunschweiger Opfer des Hitler-Faschismus hieß es in seinem offiziellen Grußwort: Widerstand müsse sich gegen jeden Terror richten, gegen den von Neonazis sowie gegen „so genannte Antifaschisten, die Bürger in der Weststadt bedrohen“. Dieser angebliche Terror bestand in einem Flugblatt von Antifaschisten. Darin waren u.a. Name und Titel der Initiatoren besagter „Bürgerinitiativen“ genannt worden. Diese Herren scheuen das Licht, und der 1. Bürgermeister fühlt sich herausgefordert, ihrem Schüren von Rassismus Bestand zu leisten.

Linke Liste Braunschweig und VVN-BdA haben in öffentlichen Erklärungen diesen Affront zurückgewiesen. Die Linke Liste Braunschweig wird im Rat eine Mißbilligung beantragen. — (baf)



Foto: af/mz

Ministeriumsvorgaben halten statt an die Anliegen der Hilfesuchenden? fragte eine Betroffene. Eine Forderung an das neue Gesetz lautet daher: Keine Protokollvorgaben machen, eine persönliche Beratung ist vorrangig.

Beratungsschein ohne Bedingung

Die Frauen brauchen einen Beratungsschein, wenn sie einen Abbruch machen wollen. Bisher wußten sie, daß sie diesen auf jeden Fall bekommen, wenn sie in der Beratungsstelle waren. Jetzt aber soll die Beratungsstelle entscheiden, wann sie den Schein haben darf. Die Frau kann mehrmals einbestellt werden, um ihr den richtigen Sinn fürs Leben einzuhaarn. Kann eine bedrückte



Köln. Trotz heftiger Proteste wurden am Freitag, den 6.8., die an der Deutzer Brücke legenden Containerschiffe für Asylbewerber in den Deutzer und Mülheimer Hafen verlegt. Der direkte Kontakt zur Mahnwache ist so behindert. Meterhohe Zäune und Wachmannschaften bestimmen jetzt das Bild. — (u.b.)

Aufruf zu Aktionen für einen sozialen Staat

Köln. Die IG Medien NRW hat die Beschäftigten in den Medienbetrieben zum aktiven Widerstand gegen soziale Demontage und Abbau von Tarifrechten aufgerufen. Die politische Offensive der Bundesregierung zur umfassenden Regulierung sozialer und tariflicher Sicherungen müsse durch die Gegenwehr der Betroffenen bekämpft werden. Im Aufruf heißt es: „Die politischen Verantwortlichen wollen das bestehende soziale System endgültig abschaffen. Nur noch die Interessen von Unternehmern und Kapitalbesitzern sind Ziel dieser Politik... Das Ausmaß der sozialen Ungerechtigkeiten ist unerträglich geworden!“ Betriebsräte und Vertrauensleute werden aufgefordert, über diese Entwicklung aufzuklären und zu diskutieren. Weiter heißt es: „In den nächsten Wochen müssen betriebliche und außerbetriebliche Aktionen durchgeführt werden, die auch Arbeitskampfmaßnahmen einschließen.“ Die IG Medien NRW fordert gleichzeitig den DGB-Bundesvorstand auf, gegen die geplante Wiedereinführung von Karenztagen zu bundesweiten Arbeitsniederlegungen aufzurufen. — (u.b.)

Hamburger Abschiebepaxis

Hamburg. Nach der De-facto-Abschaffung des Asylrechts versuchen Bundesgrenzschutzbeamte jetzt, Flüchtlingen, die per Flugzeug noch in die BRD gelangen, den Asylantrag unmöglich zu machen. Weil die afghanischen Flüchtlinge angeblich das Wort „Asyl“ nicht verstanden hätten, zwingen BGS-Beamte auf dem Flughafen 15

Menschen unverzüglich in den Iran zurück — zwei wurden dort inhaftiert. Einer anderen afghanischen Familie gelang es nur durch Eingreifen des Arbeitskreises Asyl, das Flughafenbüro des Bundesamtes zur Annahme ihres Antrages zu bringen. Bis Jahresende besteht ein Abschiebestopp für afghanische Asylbewerber. — (scc)

Protest gegen Schließung von 42 Postämtern

Hamburg. 400 Menschen, unter ihnen etliche Alte und Behinderte, protestierten am 5. August mit einer von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) organisierten Demonstration und Kundgebung gegen die beabsichtigte Schließung von 42 Postämtern allein in Hamburg. Nach diesem Plan wird mehr als jedes vierte Hamburger Postamt stillgelegt, „überwiegend in klassischen Wohngebieten mit vielen alten Menschen und Behinderten. Denen kommt es auf einen Kilometer Weg durchaus an“, weist die DPG die Behauptung der Postdirektion zurück, die Flächendeckung bleibe gewährleistet und niemand brauche mehr als zwei Kilometer bis zum nächsten Amt zurückzulegen. Auch die dreiste Behauptung, daß mit den Schließungen der Service verbessert werde, will die DPG nicht stehenlassen: Es handle sich um Rationalisierungsmaßnahmen, die Verminderung der Lebensqualität und Arbeitsplatzabbau zur Folge hätten. Die Betroffenen befürchten, daß den 42 Schließungen bald weitere folgen werden. Für den 13. August sind weitere Protestaktionen an zahlreichen Postämtern angekündigt, die von verschiedenen Organisationen, u.a. auch von der PDS/Linke Liste mit einer Flugblattaktion unterstützt werden. — (scc)

Berechnung wirtschaftlicher Nachteile beim Verlust des Arbeitsplatzes

Hamburg. Wer seinen Arbeitsplatz verliert und nicht unmittelbar im Anschluß daran neue, gleichwertige Arbeit findet, erfährt regelmäßig folgende wirtschaftliche Nachteile:

- Nettolohneinbußen während der Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld (ggf. Arbeitslosenhilfe);
- Nettolohneinbußen im nachfolgenden Arbeitsverhältnis;
- Minderung der gesetzlichen Altersrente wegen der Lohnneinbußen;
- Verlust/Minderung der betrieblichen Altersversorgung.

Die Berechnung dieser wirtschaftlichen Nachteile ist nur unter bestimmten Grundannahmen möglich. Diese Grundannahmen müssen möglichst realitätsbezogen sein. Nachfolgende Überlegungen zur Berechnung der einzelnen wirtschaftlichen Nachteile können bei Verhandlungen über Sozialpläne oder Abfindungen hilfreich sein.

1. Nettolohneinbuße während der Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld.

Laut Statistik des Arbeitsamtes Hamburg vom 20.7.92 und Berechnungen auf der Grundlage dieser Statistik müssen Arbeitslose in Abhängigkeit von ihrem Alter z.B. mit folgender durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit rechnen: Altersgruppe 30 bis 34 Jahre: 7,7 Monate. Dagegen z.B. 45 bis 49 Jahre durchschnittlich 11,3 Monate.

Unter Berücksichtigung der altersabhängigen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (mit anteiligem Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung, die bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht berücksichtigt werden) und der verschiedenen Steuerklassen wurden die durchschnittlichen altersgruppenspezifischen Nettomonatsverdienste ermittelt und dem Anspruch auf Arbeitslosengeld gegenübergestellt. Es ergeben sich so in Abhängigkeit von der Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld wirtschaftliche Nachteile zwischen knapp 10000 DM bei der Altersgruppe unter 30 Jahren und knapp 25000 DM bei der Altersgruppe 50 bis 54 Jahre.

2. Nettolohneinbuße im nachfolgenden Arbeitsverhältnis

Bei einer neuen Beschäftigung im Anschluß an die Arbeitslosigkeit ist im besten Falle davon auszugehen, daß ein branchendurchschnittliches Einkommen gezahlt werden wird. Angesichts der derzeitigen und absehbaren Arbeitsmarktlage wäre es sicher auch begründbar, wenn nur das Tarifgehalt berücksichtigt würde. Wir orientieren uns an

den Branchendaten der metallverarbeitenden Industrie in Niedersachsen für das Jahr 1992 (Quelle: WSI-Archiv). Je nachdem, ob als Entlohnungsform Akkord-, Prämien- oder Zeitlohn angewendet wird, schwanken die monatlichen Effektivverdienste zwischen 3350 DM (Zeitlohn LG VI und 121 %) und 4124 DM (Akkordlohn LG VII 146 %).

Im Durchschnitt der verschiedenen Entlohnungsformen beträgt der Effektivverdienst in Lohngruppe VI 3626 DM brutto; in Lohngruppe VII 3827 DM brutto. In der Annahme, daß in der Altersgruppe ab 35 Jahre überwiegend die Lohngruppe VII vertreten ist und darunter überwiegend die Lohngruppe VI und daß die bisherigen unterschiedlichen altersgruppenspezifischen Bruttoeinkommen ein Indiz für unterschiedliche Leistung sind, ergeben sich monatliche Nettoverdiensteinbußen zwischen 1233 DM und 1588 DM. Berücksichtigt man einen Zeitraum von 7 Jahren (einschließlich der Zeit der Arbeitslosigkeit), dann ergibt sich ein wirtschaftlicher Nachteil zwischen 94000 DM (Altersgruppe 30 bis 34 Jahre) und rund 119000 DM bei der Altersgruppe 35 bis 39 Jahre.

3. Minderung der gesetzlichen Altersrente

Eine Minderung der gesetzlichen Altersrente ergibt sich zum einen aus der Zeit der Arbeitslosigkeit und zum anderen aus der vergleichsweise niedrigen Entlohnung in der Anschlußfähigkeit nach der Arbeitslosigkeit. Grundlage der Berechnungen ist der aktuelle Rentenwert, der 1992 bei einem Jahreseinkommen von rund 46000 DM 42,63 DM beträgt. Die Minderung der gesetzlichen Altersrente für die Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt umgerechnet auf das Jahr etwa 20 % (vgl. § 74 Rentenreformgesetz).

Für die Altersgruppe 50 bis 54 Jahre bedeutet dies folgendes: Bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 70460 DM beträgt der aktuelle Rentenwert 65,30 DM (70460 DM/46000 DM * 42,63 DM); bei 14 Monaten Arbeitslosigkeit beträgt die monatliche Rentenminderung 76,18 DM (65,30 DM * 14/12).

Die Minderung der gesetzlichen Altersrente wegen des niedrigen Einkommens hängt ab vom Umfang der Verdienstminderung und dem Zeitraum, in welche das niedrige Einkommen bezogen wird. In unserem Fall haben wir einen 7-Jahres-Zeitraum abzüglich der Dauer der Arbeitslosigkeit zugrunde gelegt. Für die Altersgruppe 50 bis 54 Jahre bedeutet dies folgendes: Der aktuelle Rentenwert von 65,30 vermindert sich

um die Einkommensreduzierung von 52 % (= 33,96 DM) auf 31,34 DM. Über den Zeitraum von 70 Monaten (84 Monate abzüglich 14 Monate Bezug ALG) ergibt das eine monatliche Rentenminderung von 198,10 DM (33,96 DM * 70/12). Für den gesamten betrachteten 7-Jahres-Zeitraum incl. Arbeitslosigkeit ergibt dies eine monatliche Rentenminderung von 274,28 DM.

Unter der Annahme, daß mit Vollendung des 63. Lebensjahres die gesetzliche Altersrente bezogen wird und die statistische Lebenserwartung beim Durchschnittsalter 52 dieser Altersgruppe noch 24 Jahre beträgt, ergibt sich ein Rentenbezugszeitraum von 13 Jahren. Dem Nominalwert der gesamten Rentenminderung in Höhe von 42787,68 DM entspricht bei einem Abzinsfaktor von 5,5 % ein Barwert von 16649 DM zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Unternehmen.

4. Verlust/Minderung der betrieblichen Altersversorgung

Die Jungheinrich AG z.B. gewährt den KollegInnen eine betriebliche Altersversorgung in zwei Versionen. In den Genuß der günstigeren ersten Version kommen alle Beschäftigte der Altersgruppe ab 35 Jahre; für die jüngeren MitarbeiterInnen kommt die ungünstigere zweite Version zum Tragen. Unter der Annahme, daß die MitarbeiterInnen bis zu ihrem 63. Lebensjahr bei Jungheinrich weiterbeschäftigt worden wären, ergeben sich monatliche Rentenminderungen bei der betrieblichen Altersversorgung zwischen 271 DM (bei der Altersgruppe 50 bis 54 Jahre mit bereits hohen Anwartschaften) und 633 DM (bei der Altersgruppe 35 bis 39 Jahre). Der Barwert dieser Renteneinbuße bei der betrieblichen Altersversorgung schwankt zwischen rund 178000 DM und rund 76000 DM.

5. Zusammenfassung

Zählt man die zuvor einzeln berechneten zu erwartenden wirtschaftlichen Nachteile beim Verlust des Arbeitsplatzes zusammen und berücksichtigt man außerdem, daß diese Beträge als Nettobeträge berechnet sind, während die Abfindung unter Berücksichtigung von Freigrenzen zwischen 24000 DM und 36000 DM mit dem halben Durchschnittssteuersatz des jeweiligen Steuerpflichtigen versteuert werden, so ergibt sich der wirtschaftliche Nachteil der in einer Abfindung auszugleichen wäre. Nicht berücksichtigt sind sonstige materielle Leistungen, die an die Betriebszugehörigkeit gekoppelt sind, wie z.B. Jubiläen. — (hel)

Stellenabbau beim Süddeutschen Verlag

München. Für Montag, den 19.7. war im Süddeutschen Verlag (SV) eine Betriebsversammlung angesagt, davor eine Kundgebung und Demonstration gegen Massenentlassungen im SV-Konzern. Die linke Betriebszeitung *Auf Draht* berichtet, wir haben etwas gekürzt.

Schon am Vormittag wurde ein Rundschreiben der Geschäftsleitung verteilt, wo versucht wurde, die Beschäftigten massiv einzuschüchtern: „Wenn Sie eine Demonstration der IG Medien unterstützen, die geeignet ist, das Bild des Unternehmens in der Öffentlichkeit zu beschädigen, verletzen Sie Ihre Verpflichtung aus dem Arbeitsvertrag.“ Die Kolleginnen und Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. Auf der Kundgebung hörten wir dann, daß drei weitere einstweilige Verfügungen ergangen waren, die es den Belegschaften von Wenschow, Süddata und dem Kommunalverlag (alle im SV-Konzern) untersagten, zusammen mit dem SV zu demonstrieren. Und vom Betriebsratsvorsitzenden Klaus Schönauer erfuhren wir, daß an den Betriebsrat noch eine einstweilige Verfügung eine Minute nach Kundgebungsbeginn ergangen sei, daß ihm persönlich ein Verfahren nach § 23 BVG drohe. Zur Anmahnung der Treuepflicht nannte er nur die Zahl der 25 gekündigten Reinigungsfrauen, denen auch nicht die Treue gehalten wird, die 61 von Arbeitslosigkeit bedrohten

Kollegen in Satz und Repro, die Schließung der Versandvorbereitung und der Plakaterei, sowie die Pläne der Geschäftsleitung, die Pfortner auszugliedern. Bei Süddata sollen 11 Kollegen entlassen werden und 20 bei der „Coburger Neuen Presse“ (SV-Tochter). Die Unternehmensberatungsfirma, die zur Zeit im Hause tätig sind, sind schon mit der Vorgabe angetreten, ein Drittel der Kollegen rauszurationalisieren! Bei Wenschow steht es schon fest, daß von 240 Kollegen bis zu 90 fliegen sollen.

Mit Transparenten zogen wir dann zum Saal des Hofbräuhauses: „SV auf Expansionskurs, finanziert durch Arbeitsplatzabbau“, „Wenschow sanieren, nicht Mitarbeiter wegrationalisieren“, „Süddeutscher Verlag nach außen liberal, Stellenabbau in großer Zahl“.

Und wofür das ganze? 11 Millionen haben die Gesellschafter heuer unter sich verteilt — kein schlechter Schnitt. Mit 2 Millionen Verlusten haben sie sich ins Berliner Inforadio eingekauft (inzwischen ist man wieder ausgestiegen).

Beim Privatsender VOX ist SV mit dabei und hat inzwischen pro Jahr mindestens 20 Millionen Verluste. Reingeht werden muß es bei uns, bei Putzfrauen, die 19, 23, 35 Jahre und mehr im Verlag saubergemacht haben, bei Setzern, die mit 40 oder 45 Jahren in München nicht mehr unterkommen werden, während die Geschäftsführer über ihre Bezüge schweigen.

„Die Isolationshaft gegen Birgit Hogefeld ist aufzuheben“

Bielefeld. Die Verteidigung von Birgit Hogefeld wandle sich mit folgender Presseerklärung an die Öffentlichkeit:

Die gegen Frau Birgit Hogefeld exekutierte Isolationshaft ist umgehend aufzuheben. — Zu Funktion und Wirkung der Isolationshaft ist in den letzten 23 Jahren viel geschrieben worden — wer sich den Erfahrungen, den Erkenntnissen und Gutachten nicht verweigert, weiß, was Isolationshaft bedeutet.

Unsere Mandantin ist seit dem Tag ihrer Festnahme in „strenger Einzelhaft“ (Beschluss des Ermittlungsrichters am BGH I BGs 271/93). — „Strenge Einzelhaft“ heißt konkret: „Ausschluß von der Teilnahme an allen Gemeinschaftsveranstaltungen; Einzelhofgang; besonders gesicherter Haftraum mit dicht geflochtenem Maschendraht vor dem Fenster; Unterbringung in einem Haftraum, an dem weder rechts noch links noch oben noch unten noch gegenüber Zellen angrenzen, die mit anderen Gefangenen belegt sind; sofortige Verlegung von Gefangenen, die mit der Mandantin bei dem Hofgang zu reden versuchen; der unter dem Fenster des Haftraums der Mandantin gelegene Teil des Hofes darf seit ihrer Verlegung in die JVA Bielefeld von anderen Gefangenen nicht mehr benutzt werden; Bücher darf die Mandantin nicht — wie andere Gefangene — bei Besuchen entgegennehmen oder als Bücherpakete erhalten, sondern nur über Vermittlung der Haft-

anstalt; Besuche finden nur unter zusätzlicher Überwachung durch BKA-Beamte statt; bei Nicht-Verwandten noch hinter einer Panzerglasscheibe; Fotokopien und Druckschriften jeder Art dürfen grundsätzlich nicht empfangen werden.

Die Situation für unsere Mandantin verschärfte sich mit der Verlegung am 16.7.1993 von Frankfurt nach Bielefeld. Bundesanwaltschaft und Ermittlungsrichter verfügten dies in Kenntnis der Tatsache, daß sowohl die Verteidigung als auch die Angehörigen ihren Wohn- bzw. Kanzleisitz im Rhein-Main-Gebiet haben. Das Isolationsprogramm trifft in der JVA Bielefeld auf offene Ohren der Anstaltsleitung.

Akribisch wird dort jeder Lebensvorgang erfaßt, nichts soll ohne Probleme und Schwierigkeiten vor sich gehen.

Nachdem der Mandantin bei ihrer Festnahme die Brille abgenommen wurde, erfolgte am 22.7.1993 gegen 5.00 Uhr durch 7 Beamte die Beschlagnahme der Kontaktlinsen. Der Anstaltsarzt verweigerte die nunmehr notwendige Überweisung zu einem Augenarzt. Die Mandantin müsse erst angeben, bei welchem Augenarzt sie in den letzten Jahren war. Medizinische Versorgung wird von Aussagen abhängig gemacht — das Recht jedes Beschuldigten auf Aussagefreiheit wird schlicht negiert... Der letzte Lebensmitteleinkauf der Mandantin war am 13.7.93. Aufgrund der Verlegung soll ihr nächster Einkauf erst am

14.8.93 erfolgen. Die Bitte um einen früheren Einkaufstermin wird abgelehnt. Zusatz, d.h. frische Lebensmittel, könne sie aus fiskalischen Gründen auch nicht über die Anstaltsküche erhalten. Auf Bitten um eine Bücherliste wird sie auf die Bestellung bei einer ausgewählten Buchhandlung verwiesen. Auf Nachfrage nach der Anschrift kommt „heute nicht“, am nächsten Tag „es ist niemand mehr da“, am übernächsten „zu spät heute“.

Diese Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen. Viele Vorfälle mögen für sich „Kleinigkeiten“ darstellen, in der Summe, der Systematik führen sie zur Perfektionierung des mit der Isolation betriebenen Angriffs auf die Mandantin.

Der Ermittlungsrichter hält die Privatpost zum überwiegenden Teil an. Verteidigerpost wird durch den Kontrollrichter am Amtsgericht Bielefeld Schmidt mit der offenkundig rechtswidrigen „Begründung“, es handle sich um ein „Sammelsurium“, der Kontrollrichter betreibe keine „Kundendienst“ und sei keine „Umgehungsstraße“, angehalten. Das „Sammelsurium“ bestand aus Beschlüssen des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof, Stellungnahmen der Generalbundesanwaltschaft in der vorliegenden Sache und Pressemeldungen zu den Umständen der Verhaftung der Mandantin. — Der Ring schließt sich. — Ursula Seifert, Rechtsanwältin; Berthold Fresenius, Rechtsanwalt

Kurz berichtet

Reservatrechte für Ostdeutschland

Laut Ausführungsgesetz zum Artikel 44 des Einigungsvertrages haben die neuen Bundesländer und Berlin das Recht, Rechte aus dem Einigungsvertrag zugunsten der untergegangenen DDR und ihrer Bürger einzuklagen. PDS/Linke List forderten in einem Antrag im Bundestag die Bundesregierung auf, ein Verfahrensgesetz vorzulegen, in dem geregelt wird, welchen Körperschaften der neuen Länder und Berlins die Möglichkeit übertragen wird, Rechte aus dem Einigungsvertrag geltend zu machen. In der Bundestagsdebatte am 2. Juli wurde deutlich, daß die Bundesregierung ein Ausführungsgesetz zum Artikel 44 ablehnt. Zudem heißt es in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt: „Allerdings sind beim Beitritt eines Staates Regelungen denkbar, die längerfristige oder dauerhafte Reservatrechte für die Bevölkerung dieses Staatswesens festhalten sollen. Dies war auch bei Herstellung der deutschen Einheit der Fall. Hierfür ist in Artikel 44 des Einigungsvertrages eine Verfahrensvorschrift getroffen worden, nach der diese Reservatrechte durch jedes Bundesland im Beitrittsgebiet geltend gemacht werden können.“ — (Quelle: Pressedienst PDS, 23. 7. 93; abe)

Polizeischikane gegen Vietnamesen

Ungefähr 700 vietnamesische Ex-Vertragsarbeiter demonstrierten am Samstag, dem 8. August gegen die Durchsuchungsaktion von Polizei und Zollfahndung im Arbeiterwohnheim in der Havemannstraße im Berliner Stadtteil Marzahn. Einige Deutsche schlossen sich spontan dem von den Vietnamesen organisierten Protest an. Die Beamten waren einige Tage zuvor, am Dienstag, in das von vietnamesischen Familien bewohnte Wohnheim eingedrungen und hatten es von oben bis unten durchwühlt, ohne überhaupt einen Durchsuchungsbefehl vorweisen zu können. Gesucht worden waren unverzollte Zigaretten und Raubkopien von Video- und Musikassetten. Die Razzia dauerte von zehn Uhr morgens bis elf Uhr nachts. In dieser Zeit durften die Vietnamesen ihre Wohnungen nicht betreten. Nicht einmal Milch für ihre hungrigen Kinder durften die Frauen herausholen. Zwei Bewohner wurden in einem Polizeifahrzeug zusammengeschlagen. Die vietnamesischen Familien waren zu DDR-Zeiten aufgrund von Staatsverträgen zum Arbeiten gekommen und wurden nach dem Anschluß als erste entlassen. Einer der betroffenen Vertragsarbeiter äußerte gegenüber dem „Neuen Deutschland“, es sei zwar zulässig, daß die Polizei Gewerkeverbrechen verfolgt, die dauernden Wohnungsdurchsuchungen und Schikanen dienten aber dazu, alle Vietnamesen zu kriminalisieren. — (chk)



Die Betriebsrätekonferenz im Kali-Werk Bischofferode, an der ca. 150 Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen teilnahmen, forderte gemäß dem Willen von über 10000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des I. Internationalen Aktionstages am 1. 8. 93 in Bischofferode den IBGE Hauptvorstand auf, den Kampf der Kollegen in Bischofferode vorbehaltlos zu unterstützen. Ein Gewerkschaftsvorsitzender wie Hans Berger, der sich in solch gewerkschaftsschädigendem Verhalten gegen eine kämpferische Belegschaft stellt, ist untragbar und muß zurücktreten. Sie verlangen von ihrer Gewerkschaft und der Gewerkschaftsführung, Kampforganisation zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu sein und nicht zum Erfüllungsgehilfen von Konzernvorständen zu werden. Foto: af/mz

„Kuratorium der Verbände“ ruft zum Widerstand

Das ostdeutsche „Kuratorium der Verbände“, ein Zusammenschluß von 64 Organisationen mit 1,5 Millionen Mitgliedern, u. a. der Demokratische Frauenbund und die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, hat zur Durchführung eines „Ostdeutschen Bundeskongresses der Verbände“ für den 2. Oktober 1993 in Berlin aufgerufen. Ziel des Treffens ist es, „organisierte Bürgermacht gegen Parteienmacht“ und Widerstand gegen die ständige Mißachtung des Einigungsvertrages durch die Bundesregierung zu setzen. Eine Abschlußkundgebung mit Massenbeteiligung in Berlin soll den ostdeutschen Forderungen öffentlich Nachdruck verleihen. — (abe)

12. 9.: Aktionstag gegen Rassismus/Neonazismus

Der „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ hat eine große Bedeutung für die Antifaschisten aus der DDR behalten. Über mehrere Stunden wird es wieder in Berlin-Mitte (Lustgarten) Programme (Redner und Künstler) auf der Bühne und an Info- und Bücherständen geben. In den vergangenen Jahren haben sich zehntausende Menschen beteiligt.

Der Aufruf führt aus: „Sechzig Jahre nach Errichtung der Nazidiktatur und des Beginns der Barbarei in Deutschland wollen wir erneut Zeichen für Menschlichkeit, Frieden und Toleranz, gegen Rassismus und nationalen Größenwahn setzen.“

Im September des Jahres 1945 wurde erstmals in Berlin aller Opfer des Faschismus gedacht. Dieser zweite Sonntag im September soll im Zentrum Berlins ein Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung bleiben.

Erinnern ist lebenswichtig. Die Erinnerung an Millionen Opfer nazistischer Verbrechen ist uns Mahnung und Auftrag, heute in Deutschland gegen Brandstiftung und Mord einzutreten und für ein friedliches Neben- und Miteinander von Menschen verschiedener Hautfarben, Sprachen, Kulturen, Religionen, Lebensentwürfe und Überzeugungen zu streiten.

Deshalb lehnen wir jede Aushöhlung des Grundgesetzes ab. Wir fordern, das Grundrecht auf Asyl im vollen Umfang wieder herzustellen und die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

Deshalb sind wir für eine aktive Friedenspolitik, die jede Form militärischer Konfliktlösung ausschließt.

Deshalb wenden wir uns gegen jede Geschichtsverfälschung. Eine Tilgung von Namen antifaschistischer Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aus dem Stadtbild ist für uns ebenso unannehmbar wie der Versuch, Täter und Opfer in einer zentralen Gedenkstätte gleichzusetzen.

Deshalb verlangen wir das Verbot aller rechtsextremen Parteien, neonazistischen Organisationen und Gruppen.“

Der Vorbereitungskreis ist über die Begegnungsstätte „pro“, 12437 Berlin, Kieffholzstr. 275 (Tel.: 632 8644) erreichbar.

Überprüfungen ohne Ende — Regelanfrage beschlossen

Mit zwei weitgehenden Maßnahmen hat die Senatsverwaltung für Inneres in den letzten Monaten politische Signale gesetzt, wie sie den öffentlichen Dienst von jeglichen Personen säubern will, bei denen „Sympathie“ mit der DDR vermutet werden kann: Zum einen hat sie die Überprüfung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hinblick auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bzw. seiner Nachfolgeeinrichtung, dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS), beschlossen. Zwar werden noch nicht alle Beschäftigten überprüft, sondern ausgewählte Gruppen (im Ostteil Berlins weitaus mehr als im Westteil), dies ist nach eigenen Aussagen lediglich eine Frage der Arbeitskapazität der Gauck-Behörde. Neu ist, daß es auch Beschäftigte betrifft, die ihren Wohnsitz schon immer im Westen hatten. Dies ist nichts anderes als die Wiedereinführung der Regelanfrage. Neu ist auch, daß „West“-beschäftigten ebenfalls gemäß Einigungsvertrag gekündigt werden soll (s. u.).

Die zweite Maßnahme betrifft Regelungen, nach denen die „persönliche Eignung von Mitarbeitern und Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet“ geprüft werden soll. Hierzu legte die Senatsverwaltung für Inneres fest, daß bei jeder Höhergruppierung, jedem Bewährungsaufstieg oder Bewerbung innerhalb des öffentlichen Dienstes eine erneute Überprüfung stattzufinden hat. Unter Umgehung des Hauptpersonalrats und des Datenschutzbeauftragten wurden hierzu Mitteilungen der „Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in der Berliner Verwaltung — II KB“ als Richtschnur für verwaltungsinternes Handeln definiert, deren ideologische Einäugigkeit schon peinlich anmutet. Hauptpersonalrat und Datenschutzbeauftragter haben ihren Ein- bzw. Widerspruch geltend gemacht. Wir dokumentieren aus den verschiedenen Materialien. — (har)

Mitteilungen der Koordinierungs- und Beratungsstelle v. 13. 7. 92

Eignung, persönliche Eignung und Verfassungstreue sind Rechtsbegriffe, deren Anwendung in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten bereitet. In dieser Darstellung stehen die persönliche Eignung und als einer ihrer Bestandteile die Verfassungstreue im Vordergrund.

Diese Orientierungshilfen setzen voraus, daß die Besonderheiten der gesetzlichen Normierung der persönlichen Eignung dargestellt und verstanden werden. Da der Feststellung der persönlichen Eignung subjektive Tatbestände zugrunde liegen, müssen auch sozialpsychologische Aspekte angesprochen werden, auch wenn das in der allgemeinen Verwaltung nicht üblich ist und deshalb fremd erscheinen mag.

Wesentlich für die persönliche Eignung ist die innere Einstellung. Sie ist als dauerhafte und wertorientierte Verhaltensbereitschaft zu verstehen. Verfassungstreue z. B. ist eine wertorientierte Verhaltensbereitschaft; sie bildet einen Zentralpunkt für die Beurteilung der persönlichen Eignung.

Innere Einstellungen lassen sich nicht unmittelbar feststellen, sie können nur aus den bisherigen Aussagen und Handlungen (Verhalten) abgeleitet werden. Eine so festgestellte frühere Einstellung muß aber nicht zwingend auch heute oder in der Zukunft vorliegen, d. h. die Möglichkeit von Einstellungsänderungen ist zu berücksichtigen.

Bei der Wertung von Verhaltensweisen der Vergangenheit ist zu prüfen, ob sie überwiegend nur eine unausweichliche Folge der damaligen Rahmenbedingungen oder Ausdruck des Willens, diese Bedingungen aktiv zu gestalten und zu festigen, waren. Die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Rolle in Bezug auf die Gestaltung und Förderung des Systems der ehemaligen DDR wird als ein Hauptkriterium für die Beurteilung der persönlichen Eignung dienen müssen, wenn man nicht den überwiegenden Teil der ehemaligen Bürger der DDR für persönlich ungeeignet erklären will.

Dabei ist zu bedenken, daß auch ein Großteil derjenigen, die nicht als Stützen des Systems zu betrachten sind, sich der zum Teil lebenslangen Einwirkung ihrer Umwelt nicht total entziehen konnten. Die Erfahrung hat ihnen z. B. ge-

zeigt, daß die Partei in Person einzelner Machträger immer recht hatte und daneben Rechtsordnung und Institutionen als Garanten individueller Freiheit belanglos waren. Das drückt sich auch heute in Denkstrukturen und Verhaltensweisen aus. Diese Erfahrung läßt den Schluß zu, daß eine aktive Rolle im System der DDR eine weitaus prägende Wirkung gehabt hat. Bei wesentlichen Funktionsträgern der Vergangenheit wird man deshalb aus der gegenwärtigen Angepaßtheit nicht leichtfertig den Schluß auf einen nachhaltigen Einstellungswandel ziehen dürfen.

Unauffälliges Verhalten und Zeitablauf reichen als Indiz für eine Einstellungsänderung nicht aus. Man wird verlangen können, daß eine grundlegende Neuorientierung durch ein ähnliches Maß von Aktivität und Intensität im Verhalten deutlich wird wie die frühere Systemtreue zur DDR.

Prüfung der persönlichen Eignung von Mitarbeitern und Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet

Für Einstellungen von Bewerbern und Höhergruppierungen von Mitarbeitern aus dem Beitrittsgebiet hat nunmehr II KB mit der obengenannten Mitteilung Nr. 2 den Büroleitern und Entscheidungsträgern eine Hilfe zur Verfügung gestellt, die es gestattet, Inhalte von Begründungen zur persönlichen Eignung nach einem einheitlichen Schema zu ermitteln und darzulegen.

Wir bitten, ab sofort jedem Einstellungs- und Höhergruppierungsvorgang für Bewerber/Dienstkräfte aus dem Beitrittsgebiet eine nach den nachstehenden Kriterien gegliederte Begründung beizufügen.

1. Chronologische Aufzählung aller früher wahrgenommenen und präzise bezeichneten Funktionen mit Angabe der Zeiträume;
2. Inhaltliche Beschreibung der früher wahrgenommenen Funktionen und Tätigkeiten (orientiert an den Kriterien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung);
3. Rückschluß auf die frühere und — nach eventueller Erörterung von Einstellungsänderungen — heutige innere Einstellung.

Abschließend weisen wir darauf hin, daß die Prüfung der funktionsbezogenen Eignung nicht die Anfrage an die Gauck-Behörde ersetzt; diese ist bei Neueinstellungen weiterhin obligatorisch.

Schreiben SenInn v. 10. 2. 93

Stellungnahme des Berliner Datenschutzbeauftragten v. 11. 5. 93

Wir haben erfahren, daß die Koordinierungs- und Beratungsstelle ... mit der o. g. Mitteilung einen Leitfaden zur Prüfung der persönlichen Eignung von Mitarbeitern und Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet zur Verfügung gestellt hat.

Danach ist ab sofort jedem Einstellungs- und Höhergruppierungsvorgang für Bewerber/Dienstkräfte aus dem Beitrittsgebiet eine besonders gegliederte Begründung beizufügen.

Wir weisen darauf hin, daß dieser Leitfaden gänzlich ohne unsere Mitwirkung oder vorherige Konsultation erstellt worden ist und aus datenschutzrechtlicher Sicht in einigen Punkten auf erhebliche Bedenken stößt.

Bei Beförderungen/Höhergruppierungen/Höherbewertungen von Dienstposten/Bewährungsaufstiegen etc. ist dagegen eine solche Aktion, zumal sie bei solchen Anlässen stets zu wiederholen ist, unverhältnismäßig und daher datenschutzrechtlich unzulässig.

Dies widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung, da eine solche Verfahrensweise in diskriminierender Art Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet zusätzliche Hürden bei Bewerbungen aufbaut.

Schreiben des Hauptpersonalrats

... der Hauptpersonalrat hat in der Sitzung am 01. 06. 1993 dem Antrag gemäß § 90 Nr. 2 PersVG — Prüfung der persönlichen Eignung von Mitarbeitern und Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet — nicht zugestimmt.

Begründung: ... Seit nunmehr 10 Monaten unternimmt die Senatsinnenverwaltung alles, um die rechtlich umstrittenen Mitteilungen Nr. 2 von SenInn II KB für das Land Berlin als verbindlich

zu erklären. Die versuchsweise erprobte Vorgehensweise in einzelnen Dienststellen der Senatsinnenverwaltung hat bei den betroffenen Personalvertretungen zu heftigen Reaktionen geführt.

2. Eine Diskussion über die Mitteilungen Nr. 2 von Inn II KB hat es weder mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden gegeben.

3. Der HPR weist auf erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken hin. Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. 12. 1987 festgestellt, daß das allgemeine Persönlichkeitsrecht die Befugnis des Einzelnen umfaßt, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden.

6. Die als sehr bedenklich anzusehenden Ausführungen (sogenanntes Verwaltungscoaching) von Inn II KB provozieren nur dazu, daß Vorgesetzte sich als Amateurspsychologen versuchen und letztendlich Willkür nicht ausgeschlossen werden können.

Der HPR lehnt grundsätzlich eine unterschiedliche Behandlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab. Die von Ihnen praktizierten Maßnahmen führen zu hohem Mißtrauen und lassen Zweifel an dem tatsächlich erklärten Willen zur Verwaltungsvereinigung aufkommen.

Ausführungsvorschriften über die Überprüfung von Dienstkräften des Landes Berlin auf eine Tätigkeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ...

§ 1 — Personenkreis

(1) Folgende Amtsträger/Beschäftigte des Landes Berlin sind durch eine Anfrage beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Bundesbeauftragter) auf eine eventuelle Tätigkeit für das MfS/AfNS zu überprüfen:

1. Amtsträger/Beschäftigte, die innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem 3. Oktober 1990 ihren Wohnsitz ... im Beitrittsgebiet hatten:

... c) Lehrer, d) Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte sowie Richter und Staatsanwälte.

e) Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte, die Aufgaben — in sicherheitsempfindlichen Bereichen,

— in besonderen Betreuungsbereichen für den Bürger,

— als Vorgesetzte,

— in Personalverwaltungs- und Personalwirtschaftsbereichen wahrnehmen, f) hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an den Hochschulen.

2. Amtsträger/Beschäftigte des Landes Berlin, die innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem 3. Oktober 1990 nicht ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort im Beitrittsgebiet hatten:

... c) Beschäftigte in besonders sicherheitsempfindlichen Bereichen,

d) Dienststellenleiter und Leiter von Personalabteilungen bzw. -referaten sowie deren Vertreter.

(2) Absatz 1 findet auch Anwendung ... auf Bewerber um Einstellung in den öffentlichen Dienst für eine entsprechende Person. (...)

§ 2 — Verdachtsmomente

Unabhängig von § 1 Abs. 1 und 2 ist beim Bundesbeauftragten eine Anfrage zu stellen, wenn sich bei der Auswertung der Personalfragebogen und Zusatzbogen oder bei Vorliegen anderer Erkenntnisse der Verdacht einer Tätigkeit für das MfS/AfNS ergibt. (...)

§ 5 — Kündigung

Von den Möglichkeiten des Einigungsvertrages. Beschäftigungsverhältnisse wegen mangelnder persönlicher Eignung aufgrund des Verstoßes gegen Grundsätze der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit oder der Tätigkeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR zu kündigen ist bei Feststellung der Unzumutbarkeit einer Weiterbeschäftigung im Einzelnen Gebrauch zu machen. (...)

Dienstblatt des Senats von Berlin, Teil 1, Nr. 30, April 1993, S. 266 f (gekürzt aus Kritik & Widerstand Nr. 10)

Politik sitzt Bischofferode aus — sie hat ganz einfach versagt

Folgendes Interview gewährte Rechtsanwältin Frau Ruth Martin unserer Redaktion. Frau Martin berät den Betriebsrat in Bischofferode in Rechtsfragen. Sie ist Mitglied des Vorstandes der „Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde“ (GBM) in Berlin.

Sie vertreten den Betriebsrat der Kali-grube in Bischofferode als Rechtsanwältin. Wie sehen Sie die gegenwärtige Situation und die Aussichten des Arbeitskampfes der Kumpel?

Ja, es ist richtig, daß ich den Betriebsrat von Bischofferode vertrete. Auf die Situation und die Aussichten dieses Arbeitskampfes eingehend, muß ich erst mal klarmachen, daß es ein sehr ungewöhnlicher Arbeitskampf ist. Es ist ein Hungerstreik, der bewirken soll, daß 700 Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben. Die Kumpel führen diesen verzweifelt anmutenden Kampf, weil infolge der Marktberaumung die Treuhand sechs vorhandene Schächte in der Region bereits stillgelegt hat und damit etwa 22000 Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Die Treuhand hat 1991 und 1992 in den Bischofferöder Schacht noch 25 Millionen DM investiert. Das hat den Kumpeln das Gefühl vermittelt, daß die Grube erhalten bleibt und sie Verdienstmöglichkeiten haben. Bekämen sie woanders Arbeit, könnten sie nicht einmal ihre Häuser verkaufen, da niemand Interesse hätte, in eine industrielohe Gegend zu ziehen. Diese Investition wurde nicht zur Erhöhung der Effektivität der Grube genutzt sondern für Sanierungsarbeiten. Dafür erworbene Großgeräte mußten im Westen gekauft werden, wie auch mit den Sanierungsarbeiten nicht Ost-Firmen betraut wurden sondern Firmen aus den alten Bundesländern.

Zu den Aussichten dieses Kampfes: Da bin ich ehrlich und sage, ich weiß nicht, wie dieser Kampf ausgehen wird. Es ist im Grunde genommen ein soziales Problem, was dort von den Kumpeln per Hungerstreik vorgetragen wird. Dieser Hungerstreik ist nicht mehr und nicht weniger als vorweggenommene Zukunft. In der Lage, in der sie sich befinden, ist der Hungerstreik Ausdruck ihrer verzweifelt Situation.

Die hungerstreikenden Kumpel haben viele Gegner. Die Gewerkschaften, mindestens die IG Bergbau und Energie und der DGB unterstützen den ausgehandelten Gesamt-Kali-Plan und nicht den Erhalt des Standortes in Bischofferode. Mit welcher Argumentation will man diese Position aufbrechen oder kann man auf die Unterstützung der Gewerkschaften verzichten?

Das soziale Problem der Bischofferöder Kumpel hat durch die Öffentlichkeit, die da hergestellt wurde, natürlich eine politische Dimension bekommen. Und ich denke mal, daß die Kräfte gebündelt werden müßten, einerseits der Hungerstreik, andererseits der Druck der Öffentlichkeit auf die Treuhand und die Politik. Man muß aber erkennen, daß einmal die Fusion der Mitteldeutschen Kali AG mit der Kali und Salz AG Kassel beschlossene Sache ist und zum anderen die Gewerkschaften die Kumpel im Stich gelassen haben. Der Vorsitzende der IG Bergbau/Energie ist ja bei der BASF im Vorstand, wie im übrigen viele Gewerkschaftsfunktionäre Vorstandsmitglieder sind.

Natürlich kann man auf die Unterstützung der Gewerkschaften nicht verzichten. Aber es ist unschwer zu erkennen, daß auch unter der Arbeitnehmerschaft ein ziemlich erbarmungsloser Wettbewerb um die Arbeitsplätze stattfindet. Dabei sind die Arbeitnehmer im Osten generell in einer schlechteren Position. Ich glaube auch, daß es sich niemand erlauben könnte, in den alten Bundesländern ein Werk in drei Monaten zu schließen. Die im Falle Bischofferodes mitbestimmenden Gewerkschaftsfunktionäre aber sitzen alle in den alten Bundesländern. Dort ist ja eine annähernd soziale Regelung für die Schließung von Schächten angedacht. Ich halte es deshalb für sehr bedenklich, wenn beispielsweise die stellvertretende DGB-Vorsitzende zu den hohen Arbeitslosenzahlen in den neuen Ländern nichts anderes zu antworten weiß, als daß man in den alten Bundesländern auch Arbeitslose hat. Die Gewerkschaft muß sich viel mehr um die Arbeitslosen des Landes bemühen und nicht ausweichen.

Gibt es überhaupt eine zumindest in Ansätzen formulierte Perspektive, die über den Standpunkt „Der Schacht muß bleiben“ hinausreicht?

Hinsichtlich der Perspektive des Schachtes ist es zunächst so, daß in den Medien sehr viel berichtet wird, dennoch Hintergründe viel zu wenig bekannt sind. Es gibt für meine Begriffe noch keine nachvollziehbare Begründung für die Schließung der Grube in Bischofferode. Bischofferode hatte feste Kalikunden in West- und Nordeuropa. Deren Käufe haben dafür gesorgt, daß die Produktion nach der Wende in Bischofferode stieg. Zwar war man noch nicht in den roten Zahlen, aber Spezialisten bestätigen, daß Bischofferode überleben könnte. Nun muß man aber fragen, wo ist der Kundentamm geblieben und gingen plötzlich die Aufträge in Bischofferode zurück? Zum anderen muß man wissen, daß in Bischofferode nicht bekannt ist, welcher Preis für das Kali tatsächlich auf dem Weltmarkt erzielt wurde. Die Treuhand hat in ihrer Einschätzung zu keiner Zeit detaillierte Angaben gemacht, wie die Marktsituation für das Kali aus Bischofferode ist.

Angesichts dieser Tatsachen, daß nämlich zum einen der Fusionsvertrag

Auch in dieser Frage gibt es keine konkreten Vorstellungen. Auch nicht im Hinblick auf das Kali, was sich noch in den Lagerstätten befindet. Für die regionale Wirtschaft ist der Bedarf gedeckt. Durch die Reduzierung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auch in Thüringen ist deshalb auch der örtliche Bedarf geringer. Reaktionen der politischen Instanzen Thüringens stehen in dieser Frage aus.

Wie hat sich die Wirtschaftsstruktur in Thüringen seit der Wende entwickelt, welche Bedeutung hat die Kaliindustrie heute?

Bekannt ist ja, daß sowohl das Waffenwerk Suhl wie auch das Porzellanwerk Kahla, das auch bestreikt wird, in Kürze in Konkurs gehen werden. Auch die Chemiefaser AG Schwarza wird kaum überleben.

Thüringen ist eines der neuen Bundesländer, in dem eine rigorose Deindustrialisierung stattgefunden hat. Die Kaliindustrie ist mit der Beseitigung der rund 20000 Arbeitsplätze für die Region bedeutungslos geworden.

Was sind die Ziele der neu gegründeten Betriebsratsinitiativen in Thüringen?



Foto: af/mz

abgeschlossen ist und zum anderen abgewartet werden muß, ob die EG diesem Vertrag zustimmt, muß man sich fragen, was nun aus Bischofferode wird. Kürzlich wurde zum ersten Mal öffentlich gemacht, daß das Umweltministerium bereits dem Plan zugestimmt habe, die Grube in eine Deponie zu verwandeln. Fakt ist, daß am 1. Juli die Umweltschadenverordnung veröffentlicht wurde, wonach dem Lande Thüringen mehr als 3 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden. In der Verordnung werden einige Großprojekte genannt, eines davon ist Bischofferode, d.h. Geld ist da und ich denke, daß unter dem Druck der Hungerstreikenden, aber auch dem politischen Druck, der da entstanden ist, es Anbieter geben wird. Offen bleibt, inwieweit diese Lösung seriös ist. Tatsache ist, daß kaum konzeptionelle Überlegungen zum Erhalt der Grube als Gegengewicht vorhanden sind.

Gibt es in den Diskussionen vor Ort Überlegungen über Alternativen in Richtung Einbindung in regionale Wirtschaftsmärkte? Gibt es dazu Anforderungen an die politischen Instanzen in Thüringen und wie haben die bisher reagiert?

Die Betriebsratsinitiativen in Thüringen sind zweifellos der qualifizierteste Widerstand gegen diese rigorose Arbeitsplatzvernichtungspolitik der Treuhand. Ob daraus eine längerfristige Bewegung entstehen wird, muß man abwarten. Ich glaube, daß das Ziel dieser Initiativen darin besteht, zu erreichen, daß, bevor ein Werk stillgelegt wird, neue Arbeitsplätze angeboten werden. Im übrigen wissen die Betriebsratsmitglieder ziemlich genau, was ihre Produkte wert sind. Und mit dem Wissen dieser Wertschätzung und den Chancen des Absatzes ihres Kalis ist der Widerstand vor allem gegen die Bemühungen der Treuhand gerichtet, den innerstaatlichen Wettbewerb auszuschalten.

Es entwickelt sich nicht nur in Deutschland eine weit gefächerte Solidaritätsbewegung. Ist Bischofferode zudem ein Signal auch für andere Belegschaften, sich der rigorosen Vernichtung von Arbeitsplätzen zu widersetzen und neue Konzepte für die Entwicklung ganzer Regionen zu fordern?

Sicherlich ist Bischofferode ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit gegen eine Politik, die sich an der Basis vorbei artikuliert. Wenn man allerdings genau hin-

sieht, sind die Bemühungen in Bischofferode von einer breiten Bewegung noch weit entfernt. Sicherlich ist auch wahr, daß sich die herrschenden Strukturen ihrer Macht bewußt sind, um sich über Regungen an der Basis einfach hinwegzusetzen. Ich denke aber, daß ein Hungerstreik mit einer solchen Hartnäckigkeit wie in Bischofferode geführt, doch niemanden mehr gleichgültig sein läßt. Dennoch wird das Anliegen von Bischofferode, in dem man wichtige Dokumente der Fusion nicht preisgibt, ignoriert. Ich habe so das Gefühl, daß von Seiten der Politik das Problem einfach ausgesessen wird. Es müßte schon ein neuerlicher Ansturm der Öffentlichkeit auf die Politiker erfolgen, wenn so etwas wie ein Sinneswandel bewirkt werden sollte. Ich habe in der Auseinandersetzung in der Bischofferöder Sache sehr oft gehört, daß man die Fusion nicht rückgängig machen könne, ohne sein Gesicht dabei zu verlieren. Ich halte das für ausgesprochenen Unsinn, wenn nicht sogar für eine perfide Form der Lüge. Im übrigen geht es überhaupt nicht darum, daß der Fusionsvertrag zurückgenommen werden muß, sondern daß Bischofferode aus ihm herausgelöst wird und offengelegt werden muß, wie der Bischofferöder Kundentamm der BASF auf dem silbernen Tablett mit großzügigen finanziellen Gesten der Treuhand serviert wurde.

Der Widerstand der Kumpel ist nach den ersten Wochen ungebrochen. Als Rechtsanwältin engagieren Sie sich besonders für die Menschenrechte. Haben

Sie den Eindruck, daß ostdeutsche Probleme national und international verstärkt Widerhall finden?

Sehr viel Nachdenklichkeit bei den Regierenden hat Bischofferode nicht bewirkt. Im Gegensatz dazu ist zu vermerken, daß sich der Bundestagsabgeordnete der PDS, Dr. Gysi, als einziger Politiker sehr engagiert hat. Zum internationalen Aktionstag am 1. August erschien nun auch der Vertreter der SPD, Herr Thierse. Daß die SPD so lange gebraucht hat, um in Bischofferode anzukommen, ist mit einem Pfeifkonzert quittiert worden. Ich halte es einfach nicht mehr für erwähnenswert, daß die Politik versagt hat. Ihr Versagen wird nicht nur an Bischofferode deutlich.

Ich bin als Rechtsanwältin sehr engagiert in Bezug auf die Durchsetzung von Menschenrechten. Natürlich ist für das Ausland von Interesse, was in Deutschland passiert. Deutschland ist eines der stärksten Länder Europas. Man schaut sehr wohl hin, was die Deutschen tun, wenn man sieht, wie die wirtschaftlich besser stehenden Deutschen mit den wirtschaftlich wesentlich ärmeren in Ostdeutschland verfahren. Wenn man mit seinen eigenen Geschwistern so umgeht, wird irgendwann die Frage stehen, wie man mit den Nachbarn umgeht. Ich sehe schon auch Zusammenhänge zwischen der Tristesse in Ostdeutschland und der wachsenden Gewalt. Und zwar nicht als ein Problem der Einigung der Deutschen sondern als ein Problem der Rezession überhaupt, vor dem die Bundesdeutschen auch ohne Einigung gestanden hätten.

Bischofferode ist überall

Daß mehr als 10000 Menschen am 1. August 1993 am internationalen Aktionstag in Bischofferode teilnahmen, ist für die Kalikumpel mehr als warme Sympathie gewesen, die die Herbeigekommenen ihnen so offenherzig entgegenbrachten. Es ist für sie ein Beleg mehr dafür: Ihr Arbeitskampf ist gerecht und findet Zustimmung im In- und Ausland.

Seit dem 10. Dezember 1992 führen die Bischofferöder ihren Arbeitskampf, halten seit dem 7. April dieses Jahres ihren Betrieb bei laufender Produktion besetzt, werden seit dem 1. Juli von Hungerstreikenden und von ihren täglich in die Grube einfahrenden Kollegen und Ehefrauen unterstützt.

Sie haben in Bonn demonstriert und in Erfurt, sie fuhren nach Kassel zur Kali & Salz AG, begleiteten den Treuhandverwaltungsaußschuß des Bundestages nach Bitterfeld. Sie demonstrierten in Berlin, Leipziger Straße.

Ihre Stärke ist die Solidarität untereinander und jene, die sie von anderen erfahren.

Die Kaliwerker in Bischofferode kämpfen nicht mehr nur für ihre eigenen Interessen — den Erhalt ihrer 695 Arbeitsplätze — sondern für wirtschaftspolitische Lösungen, die ihre schon lange arbeitslos gemachten Kolleginnen und Kollegen in der Region und an anderen Standorten wieder in Lohn und Brot bringen.

„Wer industrielle Kerne erhalten will“, sagen sie, „kann in Bischofferode damit anfangen. Wir weigern uns entschieden, für die Profit- und Monopolinteressen des Chemiekonzerns BASF unsere Arbeitsplätze zu opfern!“

Der moralische Sieger dieses Arbeitskampfes steht längst fest! Und spätestens, seit die hiesigen Kumpel ihre Absicht öffentlich gemacht haben, alternative Arbeitsplätze nicht anzunehmen, wenn diese anderen Standorten entzogen werden, haben dies auch die politisch Verantwortlichen in Bonn, Berlin, Bochum und Erfurt begriffen.

Desto massiver und ausgeklügelter werden deren Versuche, die Solidarität einzudämmen. Mit dem verdeckten Einsatz von Polizeispitzeln vor der Treuhandanstalt in Berlin und vor dem Thüringer Landtag in Erfurt ist das mißlingen — ebenso wie mit dem Versuch, zwei Bombendrohungen gegen das Aussiedlerheim in Bischofferode mit dem Arbeitskampf in Verbindung bringen zu wollen. Die von den Verfechtern der Grubenschließung permanent in Umlauf gebrachten Lügen und Halbwahrheiten zu entlarven, ist für die Kumpel inzwischen tägliche Beschäftigung geworden, genauso wie die Beantwortung der inzwischen in die Zehntausende gehenden Solidaritätsbekundungen.

Daß zu ihren Widersachern auch die Führung ihrer Gewerkschaft Bergbau und Energie zählt, empfinden sie als ungeheuerlich.

„Hans Berger muß sofort zurücktreten!“ — so die folgerichtige Forderung zum Aktionstag.

Etwa 150 Betriebs- und Personalräte sowie Vertreter von Einzelgewerkschaften und des DGB haben im Ergebnis ihres Treffens am 1. August 1993 in Bischofferode beschlossen:

Am 17. August, jenem Tag, an dem der MDK-Aufsichtsrat voraussichtlich den Beschluß zur Schließung des Kaliwerkes Bischofferode fassen wird, werden bundesweit regionale Aktionen des zivilen Ungehorsams stattfinden. Diese werden an den folgenden Diensten, jeweils von 11.55 bis 12.00 Uhr fortgesetzt.

Am 4. September wird in Berlin vor der Treuhandanstalt eine zentrale Protestdemonstration stattfinden.

Das Kaliwerk Bischofferode muß erhalten bleiben! Ersatzarbeitsplätze sollen den bereits Erwerbslosen angeboten werden! Ein Stopp allen weiteren Entlassungen in ganz Deutschland!

Die Teilnehmer des Aktionstages fordern außerdem die Offenlegung des Vertrages über die Fusion von MdK (Mitteldeutsche Kali AG) Sondershausen und Kali & Salz AG Kassel sowie seine Neuverhandlung.

Die Kaliwerker sind guten Mutes. Sie haben viel erreicht und das Höchste erfahren, was sie in ihrer Situation erfahren können — Solidarität international.

Zu den Besuchern zählten Kalikumpel aus Frankreich, Chemiearbeiter aus Belgien, Freunde aus Nicaragua; geschrieben haben Kollegen aus England, Wales und Schottland, aus den USA, aus Brasilien und Kolumbien, Gewerkschafter aus Rußland und Polen, aus Holland und Dänemark, Sympathisanten von den Philippinen, aus China und Südafrika.

Hundert Delegationen aus ganz Deutschland, aus allen Branchen, darunter auch Kleinunternehmer und Mittelständler, Familien, frühere Kollegen, Urlauber kamen nach Bischofferode.

In vielen Städten haben sich Solidaritätskomitees gebildet, haben sich Menschen zum Hungerstreik entschlossen. Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Parteien und Privatpersonen organisieren und finanzieren Ferientaufenthalte und Ausflüge für die Kinder der Kalikumpel und Kuren für Hungerstreikenden.

Bischofferode ist zu einem Symbol des entschlossenen Widerstandes gegen die Arbeitsplatzvernichtung geworden und für die Kraft der Solidarität.

Denn Bischofferode ist überall.
— (Lothar Adler, Pressesprecher der Fraktion LL/PDS im Thüringer Landtag)

Die Redaktion der KAZ erhielt eine Ausarbeitung von Dr. Kurt Gossweiler mit dem Titel „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“. In einer Chronik ab 1985 wird darin untersucht, wie Gorbatschow sich die Macht erschlichen hat und wie die endgültige Preisgabe der Sowjetunion vorbereitet wurde. Kurt Gossweiler markiert die weichenstellenden Entscheidungen zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den imperialistischen Staaten und zeigt auf, mit welchen Methoden sie in der KPdSU durchgesetzt wurden. Er enthüllt die Kunst der Doppeldeutigkeit und Täuschung, die in den Reden Gorbatschows zum offenen Angriff auf die ökonomische Grundlage des Sowjetstaates meisterhaft beherrscht werden. Er deckt das Rollenspiel zwischen Gorbatschow und Jelzin zur Durchsetzung ihrer Ziele auf. In Kapitel III wird aus der Rede Gorbatschows am 7. Dezember 1988 vor der UNO-Vollversammlung zitiert, und Kurt Gossweiler schreibt: „Wir können dort also Dinge lesen, von denen heute sicher viele sich fragen werden: Wie konnte ich — als gelernter Marxist — nur in solchen Sprüchen eine ernstzunehmende Analyse der Situation sehen!“

Wir drucken hier eine Leseprobe aus den Kapiteln I und IV ab. Der gesamte Text ist über die KAZ-Redaktion, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, gegen Einsendung für Kopie und Porto von 4,- DM (Briefmarken) zu beziehen. — (uld)

II. Die erste Schale fällt: Die Macht ist gefestigter, die Vorstöße zur Liberalisierung werden deutlicher

Rede G's auf der Festsitzung zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution (ND v. 3.11.1987). Die Rede besteht eigentlich aus zwei ganz gegensätzlichen Einschätzungen der Geschichte der Sowjetunion. Der erste Teil ist eine Würdigung vom

Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow

Aber noch wichtiger sind jene Passagen in G's Rede, die man rückschauend als Wegweiser in die Richtung der späteren Politik der hartnäckig vorangetriebenen Demontage der sozialistischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft erkennen kann, die man aber auch bereits damals als in die falsche Richtung weisend erkennen konnte, so man „Gorbi“ gegenüber nicht jeden kritischen Blick für überflüssig, wenn nicht gar für blasphemisch hielt.

Solche Wegweiser waren:

Erstens: die einseitige, Lenin verfälschende und zu einem „Dutzend-Liberalen“ degradierende Auswahl von Lenin-Zitaten. Damit sollten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: die ständige Berufung auf Lenin sollte Gorbatschow als zuverlässigen Leninisten ausweisen; die von ihm angeführten Zitate sollten hingegen seine antileninistische Politik durch die Autorität Lenins gegen Angriffe abdecken. Buchstäblich jedes angeführte Lenin-Zitat, mit dem Gorbatschow seine „Reform-Politik“ begründet, erweist sich bei Überprüfung als größtenteils mißbraucht...

Drittens: die besondere Vorliebe Gorbatschows und seiner Schreiber-Garde für die NÖP-Periode. Sie wird entgegen der eindeutigen Aussage Lenins nicht als zeitweiliger Rückzug, sondern als die Methode des sozialistischen Aufbaus dargestellt, die von Stalin fälschlicherweise abgewürgt wurde, zu der man aber jetzt zurückkehren müsse, um das Land aus der Stagnation herauszuführen. Die besondere Begeisterung der Gorbatschow-Leute ruft die NÖP wegen der Zulassung verschiedener Eigentumsformen hervor; sie ist damit geeignet, die Propagierung der Zulassung von privatem Eigentum an Produktionsmitteln neben dem sozialistischen Eigentum als Rückkehr zu Lenin-scher Politik zu deklarieren...

woran sein Vorbild und geistiger Vater Chruschtschow gescheitert ist. (In seinen Reden kommt er mehrfach darauf zu sprechen, daß „wir“ genau diese Frage untersucht haben.) Als einen der Gründe hat er erkannt, daß Chruschtschow einen schweren taktischen Fehler begangen hat. Er stand immer an der vordersten Spitze der „Reform-Bewegung“ und hat deshalb alle Angriffe der sog. „Konservativen“ auf sich konzentriert. Das sollte Gorbatschow nicht passieren. Er würde das schlauer angehen: er durfte nicht der Vorderste sein, sondern der „Mittler“, derjenige, der die Partei zusammenhält gegen die „Extremisten“ zu beiden Seiten; um die „Mitte“ zu repräsentieren, brauchte er eine Opposition von zwei entgegengesetzten Seiten. Die Opposition von links, von denen, die seinem aufweichenden Liberalisierungskurs entgegentraten, brauchte er nicht zu besorgen; er mußte nur darum bemüht sein, daß sie nie die Mehrheit der Entscheidungsgremien auf ihre Seite ziehen konnten. Das würde umso leichter gelingen, wenn er eine Opposition zur Rechten hätte, die zwar genau in der von ihm selbst gewünschten Richtung drängt, aber mit Forderungen, die in der jeweiligen Situation als weit überzogen erscheinen, mit einem Ultra-Radikalismus, demgegenüber man sich wohlthuend als gemäßigter Reformator und Verteidiger dessen abheben kann, was im allgemeinen Bewußtsein noch als unantastbar gilt. Diese Rolle des „Drängers“ übernahm nur zu gerne Jelzin. Beide waren sich darüber, wohin die Reise gehen sollte, wie sie selbst viele Male zugaben, durchaus einig. Was allerdings, wie Gorbatschow noch erfahren sollte, nicht hieß, daß Jelzin sich ewig mit der Rolle des von der Nr. 1 zurückgehaltenen Heißsporns zufrieden geben würde. Vorläufig aber funktion-

dung der Notwendigkeit der Abschaffung eben dieses Artikels zu landen. So auch bei der Forderung nach Abschaffung des Einparteiensystems und in vielen anderen Fällen. Das wird zum eingespielten, zuverlässig funktionierenden Ritual der „Perestroika“.

Da aber in der Arbeiterbewegung, und besonders in den Kommunistischen Parteien, in der politischen Geographie „Links“ positiv, „Rechts“ aber negativ besetzt sind, darf es nicht dabei bleiben, daß die linke Opposition links und die rechte Pseudo-Opposition rechts bleibt. Und so wird zur Verblüffung sicher vieler im Lande, aber auch außerhalb der Sowjetunion aus Jelzin ein „Linksoppositioneller“, aus Ligatschow aber ein „Rechter“. Denn: will Ligatschow nicht das Bestehende erhalten, ist also „konservativ“, und damit, wie Konservative überall, ein Rechter? Und ist Jelzin nicht einer, der stürmisch auf Veränderung drängt, also ein Revolutionär, und somit, wie alle Revolutionäre, ein Linker? Na also!

Und so ergibt sich denn das seltene Schauspiel, daß die „Linken“ in der Sowjetunion jene sind, denen die Herrschenden und ihre Medien in den Hauptstädten des Kapitals Beifall klatschen, während die „Rechten“ dort eine ganz schlechte Presse haben.

Diese Umpolung der Begriffe „rechts“ und „links“ ist natürlich nicht ohne das Zutun Gorbatschows erfolgt. Er hat den Hauptanteil daran, daß von den „Radikalreformern“ das brandmarkende Etikett „Rechte“ entfernt und seinen wirklichen Widersachern, den echten Linken, den Verteidigern des Sozialismus, aufgeklebt wurde.

Nur wer diese Inszenierung der Moskauer Politmaskerade kennt, ist imstande, die Verschlüsselung der Gorbatschow-Reden aufzulösen.

Nun also dazu, was Gorbatschow den Medienleuten für eine Direktive auf den Weg gibt:

„Wir gingen davon aus, daß die Perestroika ohne Lösung des Lebensmittelproblems, ohne Ausarbeitung einer modernen (!) Agrarpolitik nicht an Kraft gewinnt und nicht vorankommt. Allerdings waren wir uns zugleich bewußt, daß man auch im Agrarsektor kaum mit tiefgreifenden Veränderungen rechnen kann, wenn sie nicht mit tiefgreifenden Veränderungen in der gesamten Gesellschaft einhergehen.“

„Eben diese objektive Sicht auf die Situation hat die radikale Wirtschaftsreform notwendig gemacht. Eben deshalb brauchten wir auch eine politische Reform.“

„Die Lebensmittel sind das Grundproblem unserer Wirklichkeit. Lösen wir dieses, so ist das ein kolossaler Gewinn nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im sozialen Bereich und auf politischer Ebene. Gelingt es uns nicht, dieses Problem zu lösen, können wir, offen gesagt, die ganze Perestroika abbrechen, und es kommt zu einer ernsthaften Destabilisierung der Gesellschaft.“

Die Perestroika wurde nicht abgebrochen — die bereits eingetretene Destabilisierung der Gesellschaft ging weiter.

Natürlich war das Lebensmittelproblem zwar ein ganz wichtiges, aber nicht das Grundproblem der sowjetischen Wirklichkeit. Das Grundproblem war die Entfesselung der antisozialistischen, nationalistischen, monarchistischen und antisemitischen Kräfte, die durch die immer heftiger werdenden Angriffe der Medien auf den

Partei- und Staatsapparat geradezu angespornt wurden. Das Grundproblem war die Gefährdung des Sozialismus in der Sowjetunion und damit in allen europäischen sozialistischen Staaten.

Die Vorschläge, die Gorbatschow den Medienvertretern vortrug, waren derart, daß diese Gefährdung eine gewaltige Steigerung erfahren mußte.

„Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß zum erstenmal seit vielen Jahren ein Plenum eine radikale Änderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Lande, den Übergang zu neuen Formen der Wirtschaftsführung und eine grundsätzliche Änderung der Leitungsmethoden zum Kernstück der Lösung von Wirtschaftsproblemen gemacht hat... Ich habe im Blick, daß es sich dabei um eine grundlegende Wändlung unserer Einstellung sowohl zur Entwicklung im Agrarsektor als auch in der gesamten Wirtschaft handelt.“

Deshalb gehen die Ergebnisse des Plenums, seine politischen Schlußfolgerungen und Zielstellungen über den Rahmen der Agrarfrage hinaus, sind von prinzipieller, allgemeiner, allgemeiner politischer und allgemeiner ökonomischer Bedeutung.“

„Der Agrarsektor wird die Rolle eines Wegbereiters, eines Pioniers bei der Aneignung entsprechender Formen des Wirtschaftens und der Leitung erfüllen...“

Wenn sich die Massenmedien nicht ernsthaft bemühen und das Volk die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, nicht begreift, wird die Sache schwer vorankommen...

Natürlich prallen hier unterschiedliche Interessen aufeinander...

Und welche Beschlüsse wurden gefaßt, um zu einer „modernen“ Landwirtschaft zu kommen? Man sollte es nicht glauben, aber es ist wahr: Die Wiederbelebung der unproduktivsten, die Bauern, insbesondere die Bauernfrauen, am meisten versklavende Form bäuerlichen Wirtschaftens, des kleinbäuerlichen Familienbetriebs! Das ist so ungeheuerlich, daß er nicht wagt, das Wesen der Sache klipp und klar und ungeschminkt darzustellen, sondern unendlich viel leeres Stroh drischt, bevor er wenigstens in Andeutungen zu erkennen gibt, worum es sich handelt.

„Das Plenum hat sich dafür ausgesprochen, durch eine innere Umgestaltung der Kolchose und Sowchose mit Hilfe der Pacht und der Gründung von Genossenschaften ihr riesiges Potential freizulegen. Das Plenum hat sich aber auch für die Unterstützung der Agrarfirmen und Agrarkombinate, der Bauernwirtschaften, der individuellen Nebengewirtschaften, der Pachtverträge nicht nur innerhalb der Kolchose und Sowchose, sondern auch außerhalb derselben ausgesprochen...“

Anders gesagt, Genossen, keinerlei Dogmatismus, sondern ein Maximum an Unterstützung für alles, was die Selbstständigkeit, das Gefühl, Herr auf Grund und Boden zu sein, festigt.“

Wer damals beim Lesen dieser Ausführungen noch nicht wahrhaben wollte, daß diese „Reform“ auf die Beseitigung des gesellschaftlichen Eigentums, auf die Rückkehr zur privaten Landwirtschaft, damit zur Bildung einer neuen Kulakenklasse bei Verurteilung der Masse der Bauern zu einem Elendsdasein hinausläuft, den sollte doch wohl die weitere Entwicklung davon überzeugt haben, daß er einer von gutem Glauben diktierten Fehleinschätzung zum Opfer fiel.

Die folgende Passage seiner Rede zeigt, daß die Gorbatschow-Riege entschlossen war, jeden Widerstand gegen ihre Restaurationspolitik mit allen Mitteln aus dem Wege zu räumen. Zunächst versuchten sie es aber mit der moralischen Verleumdung all derer, die sich



Die russische Währung ist verfallen: Hochwertige Industriegüter werden auf dem Wochenmarkt nur gegen harte Devisen gehandelt. — (Bild: af/mz)

Standpunkt eines Kommunisten: Dieser Teil ist ihm vom Politbüro aufgetragen. Darin befinden sich Aussagen, die er durch das, was er im zweiten Teil ausführt, der sich vor allem mit der Stalinzeit befaßt, wieder aufhebt.

Damit folgt diese Rede der Anlage des 20. Parteitag, dessen offizieller und öffentlicher Teil der gesamten Sowjetgeschichte im Großen und Ganzen Gerechtigkeit widerfahren ließ und eine relativ moderate Kritik an Stalin übte, während der zweite, hinter verschlossenen Türen und nur für einen ausgewählten Kreis von Parteitagsteilnehmern durchgeführte Teil mit Chruschtschows Geheimrede (die bis vor kurzem nur als westliche Publikation vorlag, die weder von Chruschtschow noch von der KPdSU als echt bestätigt wurde) eine mit Erfindungen und haltlosen Vermutungen gespickte Entstellung der Geschichte der KPdSU unter Stalins Führung darbot...

IV. Die vierte Zwiebelschale: Der offene Angriff auf die ökonomische Grundlage des Sowjetstaates — das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln

Dieser Angriff wurde vorgetragen vor allem auf dem Treffen Gorbatschows mit leitenden Vertretern der Massenmedien am 29. März 1989 (ND v. 1./2. 4.1989).

Wer diese Rede nur flüchtig liest, wird der Behauptung heftig widersprechen, in ihr werde der offene Angriff gegen die Grundlagen des Sozialismus geführt, denn diese Rede ist zugleich ein Musterbeispiel für die Kunst der Irreführung und Täuschung, die Gorbatschow meisterhaft beherrscht. Er ist kein Alldarsteller. Er hat sehr genau untersucht,

nierte das Gespann ausgezeichnet: Ligatschow kritisierte Gorbatschow von links, Jelzin warf ihm umgekehrt vor, er sei ein „Zauderer“, und Gorbatschow wies den ersten schroff zurück als „Konservativen“ und Vertreter des verknöcherten, selbstsüchtigen, nur um ihre Pfründe besorgten „Nomenklatura“, spielte sich aber Jelzin gegenüber zugleich als entschlossener Verteidiger sozialistischer Positionen auf und erschien so als der Mann, ohne dessen ausgleichendes Wirken die Partei dem Zerfall ausgeliefert sein würde.

Wenn z.B. Jelzin forderte, man müsse den Artikel aus der Verfassung streichen, in dem die führende Rolle der Partei festgeschrieben ist, dann reagierte Gorbatschow zunächst mit einem empörten: „Nein, niemals!“ Danach schwächte er sein „Nein“ ab: „Nein, nicht unter den jetzigen Bedingungen“, um dann binnen kurzem bei der Begrün-

Aus dem Inhalt:

- I. Die äußere Schale: Auf dem Wege der Machterschleichung
- II. Die erste Schale fällt: Die Macht ist gefestigter, die Vorstöße zur Liberalisierung werden deutlicher
- III. Die dritte Schale: Offener Bruch mit dem Leninismus in der Außenpolitik — „zur Rettung des Friedens“ natürlich! (ND v. 8. 12. 1988)
- IV. Die vierte Zwiebelschale: Der offene Angriff auf die ökonomische Grundlage des Sowjetstaates — das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln
- V. Fünfte Schale: Der offene Verzicht auf sozialistischen Internationalismus durch Propagierung des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ (ND v. 7. 7. 1989)
- VI. Der Zwiebel sechste Schale: Absage an die Oktoberrevolution im Gewand eines Bekenntnisses zu ihr
- VII. Schon fast am Zwiebelkern: Genugtuung am erreichten Ziel und verdiente Belohnung
- VIII. „Das also ist der Zwiebel Kern: ein Sozialdemokrat!“

Politik in den Weg stellten und die sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Produktion verteilten:

Das Administrieren sitzt in vielen von Kolchosen und Sowchosen und den Medien propagierten Familienbetriebe auf dem von den Kolchosen und Sowchosen zur Verachtung abzugebenden Boden ge-

Se möchten die Anweisungen und erteilen und kommandieren, die Leute von sich abhängig zu machen. Aber Pacht heißt Partnerbeziehung, gegenseitige Verpflichtungen und Nichtmischung. Das ist Selbst-

Wichtig ist zum Abschluß dieses Abschnittes, noch einmal daran zu erinnern, daß Gorbatschow ausdrücklich sprach, daß der Landwirtschaft eine Pionierrolle zukomme bei der Einführung neuer Wirtschafts- und Eigentumsformen. Dies war ein ausreichend deutlicher Hinweis darauf, in welcher Richtung die sog. „Wirtschaftsreform“ auch in allen anderen Wirtschaftszweigen vorangetrieben werden würde.

V. Fünfte Schale: Der offene Verzicht auf sozialistischen Internationalismus durch Propagierung des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“

(ND vom 7. 7. 1989)

In der Praxis und Theorie hatte Gorbatschow den sozialistischen Internationalismus schon lange aufgegeben, obwohl er ihn ab und an in seinen Reden noch beschwor.

Auch seine Rede vor der UNO hatte bereits deutlich gemacht, daß ihm das herzliche Einvernehmen mit den Führern der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA, bei weitem das wichtigste außenpolitische Anliegen war. Obwohl der Zustand der „Gemeinschaft“ der sozialistischen Länder jammervoll war, hat ihn das nie veranlaßt, etwa mit konstruktiven Vorschlägen zu einer wirklich effektiven Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten zu kommen. Er hat auch nie etwa eine Formel vom „gemeinsamen sozialistischen Haus“ gefunden, weil ihm das baufällige, im Verfall befindliche Haus keine schlaflosen Nächte — wie vielen einfachen Kommunisten! — verursachte. Was seine Gedanken unaufhörlich beschäftigte und ihn schließlich zur Prägung der Formel vom „gemeinsamen europäischen Haus“ veranlaßte, war die Frage, wie er den eigenen Leuten im Lande seine Linie der „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit mit dem Imperialismus eingängig und anziehend machen konnte. Das wichtigste Mittel dazu waren sichtbare Erfolge seiner „Entspannungspolitik“. Das fiel allerdings nicht leicht. Obwohl weder die Dame That-

cher noch die Präsidenten Reagan und Bush an Gorbatschows politischer Zuverlässigkeit in ihrem Sinne zweifelten und ihm unentwegt Erfolg bei seinem Unternehmen Perestroika wünschten, zweifelten sie doch sehr lange daran, daß er bei diesem wahrlich beispiellosen, halsbrecherischen Unternehmen imstande sei, die inneren Widerstände zu überwinden und die Partei der Bolschewiki tatsächlich zu dauerhafter Gefolgschaft zu veranlassen. Deshalb waren sie lange nicht bereit, die zahllosen einseitigen Abrüstungsschritte Gorbatschows durch entsprechende eigene Maßnahmen oder den Abschluß von Abrüstungsabkommen zu honorieren. Erst als sie ziemlich sicher waren, daß kaum noch Gefahr bestand, daß er von „konservativen“ Kräften gestürzt werden könnte, gaben sie diese reservierte Haltung auf, zwar nicht völlig, aber auf Teilgebieten.

So kam es dann, daß ihm zur Belohnung für sein für den Westen so segensreiches Wirken die Ehre zuteil wurde, vor dem Europarat in Strasbourg eine Rede halten zu dürfen. In dieser Rede trägt er sein Konzept des „gemeinsamen europäischen Hauses“ vor, und entwirft — wie schon in der UNO — ein in den schönsten Farben gemaltes Bild vom künftigen friedlichen, atomwaffenfreien, harmonisch zusammenarbeitenden Europa. (ND v. 7. 7. 1989)

Wieder spricht er vom „Aufbau einer neuen Welt“, von der „Weltgemeinschaft“, die sich „am Wendepunkt ihres Geschicks“ befinde, von der „neuen Etappe der Weltgeschichte“.

„Die Idee der europäischen Einigung muß von vornherein gemeinsam, im Prozeß des gemeinsamen Wirkens aller Nationen ... aufgearbeitet werden ... Die Schwierigkeit besteht ... in der überaus verbreiteten Überzeugung oder sogar dem politischen Standpunkt, bei denen man unter der Überwindung der Spaltung Europas die Überwindung der Sozialismus versteht. Dies ist aber ein Kurs auf Konfrontation, wenn nicht auf etwas noch Schlechteres ... Die Zugehörigkeit der Staaten Europas zu unterschiedlichen sozialen Systemen ist eine Realität, und die Anerkennung dieser historischen Tatsache ... ist die wichtigste Voraussetzung eines normalen europäischen Prozesses.“

So weit, so gut. Aber mit dem nächsten Absatz tröstet Gorbatschow seine Zuhörer: so, wie es ist, muß es ja nicht bleiben!

„Die soziale und politische Ordnung in diesem oder jenem Land hat sich in der Vergangenheit verändert und kann sich auch in Zukunft ändern.“

Angesichts der Veränderungen, die er in der UdSSR bereits eingeleitet hatte, mußten diese Worte in den Ohren seiner Zuhörer wie eine Verheißung klingen.

„Dies ist aber ausschließlich Angelegenheit der Völker selbst und deren Wahl. Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten und alle Versuche, die Souveränität der Staaten einzuschränken, seien das Freunde und Verbündete oder nicht, sind unzulässig.“

Dies war nochmals eine nachdrückliche

che Versicherung an die westliche Adresse, daß seitens der Sowjetunion keinem der Verbündeten mehr verwehrt werden würde, z.B. aus dem Warschauer Pakt auszutreten und ins andere Lager überzugehen, wie das Imre Nagy 1956 versucht hatte und wofür in Ungarn und Polen wieder starke Kräfte, die bis in Regierungskreise reichten, wirkten.

Diese Versicherung ist ihm so wichtig, daß er sie gleich noch einmal abgibt:

„Die philosophische Konzeption des gesamteuropäischen Hauses schließt die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation aus, ja selbst die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem von militärischer — Bündnis gegen Bündnis oder innerhalb eines Bündnisses — wo auch immer.“

Gorbatschow tritt hier bereits als Anwalt US-amerikanischer Interessen auf, was schon ein Schritt auf dem Wege ist, der ihn im Golfkrieg 1990/91 dahin führte, sich zum Hilfs-Sheriff der USA zu erniedrigen:

„Die Realitäten des heutigen Tages und die Perspektiven für die absehbare

Zukunft liegen auf der Hand: Die UdSSR und die Vereinigten Staaten sind ein natürlicher Teil der europäischen internationalen politischen Struktur.“

All denen im Straßburger Parlament, die noch immer Zweifel hegen mochten, ob es ihm, Gorbatschow, gelingen werde, sich zu halten und seine Reformen bis an das von ihnen erwartete und erhoffte Ende zu führen, müssen seine Worte Zuversicht eingebläut haben:

„Die Perestroika verändert unser Land, führt es zu Neuem. Dieser Prozeß wird weiter fortschreiten, sich vertiefen und die sowjetische Gesellschaft in jeder Beziehung verändern: in der Wirtschaft, im sozialen, politischen und geistigen Bereich, in allen inneren Angelegenheiten und in den Beziehungen zwischen den Menschen.“

Diesen Weg haben wir entschlossen und unwiderruflich eingeschlagen.“

Das „unwiderruflich“ hörte man in Strasbourg sicherlich besonders gern. Und sie werden heute feststellen: Gorbatschow hat ihnen nicht zuviel versprochen!



Diese alte Frau verkauft Gewürze auf dem Wochenmarkt in Nowgorod. — (Bild: af/mz)

Dokumentiert: MLPD nimmt Stellung zum BWK

Die Rote Fahne Nr. 31/93 veröffentlicht einen Artikel von Klaus Waltenstein zu einem Aufsatz in den Politischen Berichten Nr. 16/93, Seite 11. Wir dokumentieren diesen Artikel vollständig.

BWK verteidigt kleinbürgerlichen Führungsanspruch der PDS

Kandidaturen linker Parteien zu den Bundestagswahlen 1994 sind daran zu messen, welchen Beitrag sie zur Bildung der Arbeitereinheit gegen das Bonner Kinsensprogramm und neofaschistischen Terror leisten. Aus dieser Verantwortung heraus hatte die MLPD der PDS ein Wahlbündnis vorgeschlagen. Dazu gibt es ausreichende politische Grundlagen, wie sie in einer Reihe gemeinsamer Positionen zum Ausdruck kommen: gegen die Massenarbeitslosigkeit, im antifaschistischen Kampf, in der Verteidigung des uneingeschränkten Asylrechtes und der entschiedenen Ablehnung des Einsatzes deutscher Truppen im Ausland.

Trotz vieler Zustimmung von der Parteibasis hat der Parteitag der PDS am 26. 27. Juni ein solches Wahlbündnis abgelehnt. Damit trägt die PDS die alleinige und volle Verantwortung für

das Scheitern eines linken Wahlbündnisses zu den Bundestagswahlen.

Die MLPD hat aufgrund dessen beschlossen, in allen 16 Bundesländern mit eigenen Landeslisten als echte sozialistische Alternative zu kandidieren, strebt aber weiterhin Wahlbündnisse an, wo das, wie zum Beispiel auf kommunaler Ebene, möglich ist.

Es gehört schon eine gewaltige Portion Unverfrorenheit dazu, wenn jetzt der BWK den Versuch startet, den Verfechtern der Aktionseinheit Spaltung vorzuwerfen: „Da die PDS bundesweit mit Abstand die größte Organisation der Linken in der BRD ist und sie bei den Wahlen einen großen Teil der Stimmen im Osten holen wird, ist die ‚Offene Liste‘ auch Ausdruck einer objektiven Situation ... DKP und MLPD wollen mit der PDS auf einer ‚Parteistufe‘ stehen. Ist das nicht auch Führungsanspruch bzw. der alte Avantgarde-Anspruch, der die Zusammenarbeit innerhalb der Linken immer wieder lähmt?“ („Politische Berichte“ 16/93, jöd)

Wenn eine einzelne Partei wie die PDS jedes Bündnis mit anderen Parteien ablehnt, dann ist das Ausdruck einer

„objektiven Situation“. Wenn die MLPD für die gleichberechtigte Zusammenarbeit eintritt, dann ist das „Führungsanspruch“, der die Zusammenarbeit lähmt!

Der BWK, der den Anschluß seiner Landesverbände als „Arbeitsgemeinschaften“ bei der PDS beschloß, kann doch wohl nicht ernsthaft darauf spekulieren, daß sich auch die MLPD dem reformistischen Parteiprogramm der PDS unterwirft! So sucht er sein Heil darin, mit allen möglichen Verrenkungen nach der Methode „Haltet den Dieb“ von der eigenen Verantwortung abzulenken: „Wenn die DKP und die MLPD konkurrierend zur PDS kandidieren, müssen sie dies begründen und sich darüber im klaren sein, daß sie Verantwortung tragen, wenn die PDS den Einzug in den Bundestag oder ins Europaparlament knapp verpassen sollte.“

Dahinter steckt der vergebliche Versuch, die Kandidatur einer echten sozialistischen Alternative zu sabotieren und alle Linken dem kleinbürgerlichen, parteigegensätzlichen Führungsanspruch der PDS unterzuordnen.

Die MLPD war im Interesse der Arbeitereinheit zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Auch zur Beteiligung an offenen Listen, und zwar unter den Bedingungen, daß wir

„1. unsere Identität behalten, das heißt, einen Wahlkampf führen auf Grundlage eines Wahlkampfprogramms der MLPD, und daß

2. wir auch Direktkandidaten der MLPD aufstellen werden, dies ist auch notwendig, um unsere Parteieigenschaft zu erhalten.

3. ist es notwendig, daß innerhalb einer solchen Art von Bündnis Kandidaten der MLPD wählbar wären, um nicht sagen zu müssen: Wir haben zwar ein gutes Programm, wählt aber mal die PDS.“ (Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, in Rote Fahne 16/93)

Termine

28. 8. Herausgeber- und Redaktionskonferenz der Antifaschistischen Nachrichten. Köln, Jugendgästehaus.

28. 8. Mitgliederversammlung der AG für Antifaschistische Bildungspolitik in Hannover, Freizeithaus Linden, Windheimstr. 4, Raum 8. 10 bis 18 Uhr. Thema: Weitere Arbeit.

28. 8. 8. Seminar von Linken aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. 1. Auswirkungen des Gesundheitsstrukturgesetzes. 2. Wie weiter in der Kinderbetreuung — Erfahrungen der Umsetzung der neuen Kinder- und Jugendhilfegesetze? 3. Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im September 1993 und zu den Kommunalwahlvertretungen '94.

4. 9. Blumen für Stukenbrock — Symbole gegen den Haß. Kundgebung aus Anlaß des Antikriegstages auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock.

4. 9. Internationales Kurdistan-Festival, 12 Uhr, Frankfurt, Frankfurter Waldstadion. Veranstalter: Feyka-Kurdistan.

17. 9. bis 19. 9.: Wochenend-Seminar: „Asyl abgeschafft, Auswirkungen in Bayern, Neuorientierung der Praxis der Flüchtlingsinitiativen“ im Olaf-Ritzmann-Kollektiv, Nürnberg. Anmeldungen an: Bayerischer Flüchtlingsrat, c/o Dritte-Welt-Cafe, Daierstr. 9, 81371 München, Tel. 089/7257774.

19. 9. Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

24. 9. Pressefest der DKP in Bottrop, Volkspark Batenbrock, Beginn Freitag 20 Uhr, bis Sonntag, 26. 9. Eintrittskarte 25 DM, Kinder unter 14 Jahren umsonst.

25. 9. Bundes-Mitgliederversammlung der AG Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus.

26. 9. Herausgeberkreis des Nachrichtenhefts Kritik und Widerstand. Würzburg, Jugendgästehaus.

16./17. 10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27./28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

Neuerscheinungen

Wohin treibt Sachsen?

„LANDESVATER“ BIEDENKOPF

Über seine Ansichten, Absichten und Politik

Ein Gesprächsangebot von

Horst Schneider

Erscheint im: GNN-Verlag in Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, 144 Seiten DIN A5, brosch. 15,00 DM.

Diskussionsforum zur Bahnreform

für eine bessere BAHN

Das Diskussionsforum wird herausgegeben von der Initiative für eine bessere Bahn. Die Redaktion ist zu erreichen über: T. Seeböhm, Simrockstr. 1, 50823 Köln.

Eine Spezialpublikation zur Bahnreform, gegen die Privatisierung.

Das Heft erscheint drei- bis viermonatlich im GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Bisher erschienen: Nr. 1/93. 32 Seiten DIN A4, Abonnement: 20,- DM pro vier Ausgaben, Einzelheft 5,- DM plus 1,50 DM Porto/Verpackung.

Tröstlich nur

keine ostereibunte Stimmung
kommt auf
bei vielen Neubundesbürgern
wenn sie während der Festtage
zwischen Weihnachtsmann und Pflingstochse
an all die Regierungsbeschlüsse
denken
die nicht hasenrein sind

tröstlich nur
daß es den Osthäsen
dieses Jahr
mehr noch als Ostern 92
danach gelüftet
außer Gras und Kräutern
Kohl zu fressen

Zwielichtschau

die Tagesschau
berichtet taghell-genau
über Rheinhausen
verbiegt die Ereignisse
um Eisenhüttenstadt
durch sekundenkurze Sendezeit
zur bleichernen Nebensächlichkeit

Westarbeiter
von stählernem Rheinhausen-Format
Ostarbeiter
von rostigem Eisenhüttenstadt-Wert
Stasiland
Schrottwirtschaftsland
Menschen-zweiter-Klasse-Land

Gedanken zum Frühlingsanfang

20. März
wie jeder andere Tag
ein Kommerztag
(gedüngt-üppig blüht Profit
in Ostdeutschland)
für nicht wenige Westunternehmer

20. März
wie jeder andere Tag
ein Ausmerztag
hinsichtlich Arbeit sozialen Glücks
für viele Ostdeutsche
verwintert ist ihre Stimmung

Alptraum

eingestürzte Mauersteine
kalt wie der Krieg
der sie hochgemörtelt hatte
formieren sich neu

zu einem Gebäude
an dem der Winterwind
auch im Sommer entlanghetzt
wo gebohrte Fußböden
in Gängen ohne Ende
amtliche Trostlosigkeit
widerspiegeln

und immer mehr Steine
drücken das Gras und die Blumen
nieder
das Gebäude wuchert aus
Eisenfenster vertausendfachen sich:
Ostdeutschland ein Arbeitsamt

Einige Gedichte von Jürgen Riedel

Über Jürgen Riedel: Kristallklar

Als eine „kristallklare Denkerin, die eine abwässerfreie Demokratie forderte“, bezeichnete er in seinem Gedicht „Landwehrkanal“ einmal Rosa Luxemburg. Damit offenbart Jürgen Riedel zugleich viel über sich. Nicht nur was seine Sympathie und Hochachtung für diese große Revolutionärin wie für deren Ziele betrifft, sondern auch über seine Dichtung. Sie ist kristallklar, fordert Demokratie ein ohne Wenn und Aber. Leser und Hörer seiner Verse und der Prosa können sich ganz auf das Wort konzentrieren, auf seinen Klang, seine Doppeldeutig-Eindeutigkeit, können den Ernst der Wortspiele ergründen. Auf Entbehrliches wird verzichtet, auf unnötige Wendungen wie auf die meisten Satzzeichen.

Jürgen Riedel kann in seinem Werk, das er im R. G. Fischer Verlag Frankfurt am Main publiziert, sowohl auf einen reichen Wissensfundus wie auf einen reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen. 1946 im sächsischen Crimmitschau geboren, siedelte er noch als Kind in die Bundesrepublik über und studierte in Göttingen Geschichte, Biologie und Erziehungswissenschaften. Viele Jahre arbeitete er dann als Lehrer für Deutsch, Geschichte und Biologie an einer Realschule in Berlin-Spandau. Neben Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften sind vor allem seine drei Bände „Wortbilder“ (1983, 1987, 1990) zu nennen. Vor ein paar Wochen erschien seine jüngste Anthologie „Blumen und anderes. Lyrik und Prosa“. Noch in diesem Jahr soll „In Deutschland und anderswo. Gedichte und Limericks“ herauskommen, wie alles andere bei R. G. Fischer.

Einige der hier wiedergegebenen Verse sind Vorabdrucke aus dem angekündigten Buch. — (micro)

Bischofferode

Ostdeutsche
nehmt euch ein Beispiel an denen
die Verzweiflung aushungert
mit Felsstolz
bergriesiger Mut
wenden sie sich gegen den
(Sprengkraft-Profit)
Einsturz ihres Arbeitsplatzes
Ostdeutsche
wo sind eure kaligesalzenen Worte
eure Taten
Helle und Härte des Kristalls
gegen
Geröllgesinnung Dynamitmacht?

Entstanden: Juli 1993

Landwehrkanal

ich geh' an seinem starren trüben Wasser
entlang
plötzlich Krähenkrächzen
und ich erinnere mich
an den Januartag
nach dem niederstrudelnden Krieg
als Mordsoldaten
eine Frau
geschichtsgröste Deutsche
in teilnahmslos glucksendes Wasser
stießen

und der Gedanke
eines zweiten Landwehrkanals
fliegt krähenschwarz
in meinem Kopf auf
Meinungsmörder stoßen
Rosa
kristallklare Denkerin
die eine abwässerfreie Demokratie
forderte
in einen Landwehrkanal
haßangefüllt
aus Schmutzwasser-Verständnis
für Demokratie

Pickliger Pakt

Helmut
(keineswegs träge in Vertragsverarschung)
von der Lüge der Solidarität
gepackt

Solidarität der Besserverdiener
gegen das Zweite-Klasse-Pack
ostdeutscher Schlechterverdiener

Hilfe-ein-Soll-Solidarität
mit den Schwachen
kann einpacken

Solidarpakt



Bild: Aktionstag
in Bischofferode am
1. August 1993

Thomas Müntzer schrieb
1525 in einem Brief an die
aufständischen Bauern in
Allstedt und zugleich an
die verbündeten Mans-
felder Bergleute: „Regt an
in Dörfern und Städten
und sonderlich die Berg-
gesellen samt anderen
guten Burschen, welche
gut dazu sein werden. Wir
müssen nicht länger
schlafen... Dran, dran,
solange das Feuer heiß
ist! Lasset euer Schwert
nicht kalt werden, erlahmt
nicht! Schmettet pinken-
panke auf den Ambossen
Nimrods, werfet ihnen den
Turm zu Boden! Es ist
nicht möglich, solange sie
leben, daß ihr der mensch-
lichen Furcht leer werden
sollet. Man kann euch von
Gott nichts sagen, so-
lange sie über euch
regieren.“

Foto: af/mz

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro
Ausgabe der Politischen Berichte
(zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres-
oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark
(beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo
(32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo
(39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder
(19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den
GNN-Verlag widerruflich, die
Rechnung zu Lasten meines
Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674
Köln, Zulpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte:
Selmán Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Kom-
tee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides
(über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1),
Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674
Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str.
139, 80339 München), Christiane Schneider (über:
GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert
Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435
Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernin-
kstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte
m.b.H., 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel.
0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax:
0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ
370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein
Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet
32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonne-
ment Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern
beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo
kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen
bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik
und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsbericht-
erstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berich-
te regional: Günter Baumann; für Diskussion/Doku-
mentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland:
Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft:
Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit:
Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs-
und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landes-
berichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichten-
verband baden-württembergischer Betriebs- und
Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer
Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG
Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in
der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie:
AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistung-
sgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesund-
heitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und
Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für anti-
faschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kom-
munistenpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-
ten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136
Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
50674 Köln, Zulpicher Straße 7
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerninskstr. 5, 10829 Berlin
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 30165 Hannover
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 50674 Köln
GNN Verlagsgesellschaft Hessen
Postfach 110822, 60043 Frankfurt
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Schwanthaler Str. 139, 80339 München

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz